

Protokoll

Sitzung Nr. 3
 Datum **Mittwoch, 24. März 2010**
 Ort Aula des Schulhauses Sekundarstufe I
 Zeit 19.30 bis 21.35 Uhr

Vorsitz	Andreas Byland	FDP 1
1. Vizepräsident	Mirjam Veglio	SP 1
StimmzählerIn	Klaus Jost	SVP 1
	Nicole Zeiter	SP 1
Mitglieder	Hannah Einhaus	
	Martin Kocher	
	Beat Nydegger	
	Hans-Jörg Rhyn	
	Peter Traber	
	Maja Weber	
	Elisabeth Wendelspiess	SP 7
	Peter Bähler	
	Hans Peter Baumann	
	Marianne Baumann	
	Markus Burren	
	Marianne Pfister	
	Armin Röthlisberger (bis 21.29 Uhr)	SVP 6
	Heinz Buser	
	Ulrich Bütikofer	
Adrian Gehri		
Ralph George		
Urs Julmy		
Markus Lötscher		
Johanna Thomann	FDP 7	
Thomas Ackermann		
Denise Mellert		
Adelheid Pfyl-Blättler	CVP 3	

	Pierre-Yves Crettenand Roland Stucki (bis 21.21 Uhr) Thomas Winkler (bis 21.21 Uhr) Annemarie Zingg	EVP 4
	Anne-Lise Greber-Borel Christoph Merkli Edith Vanoni-Rempfler Marceline Stettler Bruno Vanoni	GFL 5
	Toni Oesch	FdU 1
		37
Abwesend	Elisabeth Aebi-Lehmann Bettina Ritter	SVP 2
	Marc Müller	FDP 1
Vertreter des Gemeinderates	Gemeindepräsident Stefan Funk Vizegemeindepräsident Kurt Jörg Joseph Crettenand	
Abwesend	Michel Cotting Sabine Huber-Spari Liselotte Huber-Affolter Edgar Westphale	
Beigezogen	Beat Baumann, Bauverwalter Geschäfte-Nr. 27, 28 und 29	
Gemeindeschreiber	Roland Gatschet	
Protokoll	Yves Marti, Gemeindeschreiber-Stv.	
Anzahl Zuhörende	1 (+ 2 Medien)	

Geschäfte

25	Pro Protokoll	77
	Protokoll vom 24. Februar 2010	77
26	1.201.11 Planungskommission	78
	Ersatzwahl	78
27	32.110. ESP Bahnhof Zollikofen	78
	Ausbau Bahnhof Zollikofen; Abrechnung Verpflichtungskredit	78
28	34.131. Schulanlage Sekundarstufe I	79
	Betonsanierung; Verpflichtungskredit	79

29	33.131.33 Kilchbergerweg	81
	Sanierung Kilchbergerweg; Verpflichtungskredite	81
30	1.92. Parlamentarische Vorstösse	82
	Motion Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend 10 Jahre Umweltkonzept: Bilanz ziehen und zukunftsweisend aktualisieren; Erheblicherklärung	82
31	1.92. Parlamentarische Vorstösse	91
	Motion Peter Bähler und Mitunterzeichnende betreffend eine zentrale Bibliothek für alle in Zollikofen; Erheblicherklärung	91
32	1.92. Parlamentarische Vorstösse	96
	Interpellation Peter Traber betreffend Schwarzarbeit in Zollikofen; Antwort	96
33	1.92. Parlamentarische Vorstösse	96
	Einfach Anfrage Elisabeth Aebi-Lehmann, SVP, betreffend "teilweise Aufhebung der Ausnützungsziffer"; Antwort	96
34	1.92. Parlamentarische Vorstösse	97
	Einfache Anfrage Elisabeth Aebi-Lehmann betreffend Baustelle "Lehnenviadukt Aarestrasse / Reichenbachstrasse"; Antwort	97
35	1.92. Parlamentarische Vorstösse	98
	Dringliche Interpellation Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend Folgen der kantonalen Steuergesetz-Revision für die Gemeindefinanzen; Antwort	98
36	1.92. Parlamenarische Vorstösse	103
	Interpellation Heinz Buser und Mitunterzeichnende betreffend von der Mädchendiskriminierung zur Knabendiskriminierung	103
37	1.92. Parlamentarische Vorstösse	104
	Einfache Anfrage Peter Bähler betreffend Versuch Schulsozialarbeit, Grundlagendaten für Wirkungsnachweis	104
38	1.92. Parlamentarische Vorstösse	104
	Einfache Anfrage Peter Traber betreffend Schwarzarbeit in Zollikofen	104

GROSSER GEMEINDERAT

Der Präsident

Der Sekretär

Der Protokollführer

Verhandlungen

Präsident: Herr Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Pressevertreter, werte Gäste; ich begrüsse Euch ganz herzlich zur März Sitzung des GGR Zollikofen. Einen besonderen Gruss richte ich am heutigen Tag an den Gemeindepräsidenten. Er feiert heute seinen Geburtstag. Er wird 66 Jahr alt. Bekanntlich beginnt mit 66 Jahren das Leben. Ich wünsche dir, Stefan, somit einen guten Eintritt ins "Leben". *Das Parlament spendet Applaus zum heutigen Geburtstag von Stefan Funk.* Ich habe eine Demission bekannt zu geben, und zwar ist dies Maya Weber von der SP Fraktion. Sie wird auf Ende März 2010 Ihre Ämter, sowohl im Grossen Gemeinderat als auch in der Schulkommission, niederlegen, da Sie ihren Wohnsitz an den Thunersee verlegen wird. Wir danken dir, Maya Weber, für deine Mitarbeit in diesem Gremium und wünschen Dir im Oberland alles Gute. Als Sachverständigen begrüsse ich Beat Baumann, Bauverwalter, er wird sofern nötig zu den Geschäften Nr. 27, 28 und 29, beigezogen. Wir kommen zu den Entschuldigungen. Vom Gemeinderat fehlen die Damen Liselotte Huber-Affolter und Sabine Huber-Spari sowie Edgar Westphale und Michel Cotting. Vom GGR haben sich entschuldigt: Von der SVP Fraktion Bettina Ritter und Elisabeth Aebi-Lehmann. Von der FDP Fraktion hat sich Marc Müller entschuldigt.

Ich stelle fest, dass 37 Ratsmitglieder anwesend sind. Demzufolge kann ich Beschlussfähigkeit des Rates feststellen.

Mitteilungen des Präsidenten

Präsident: Zu Beginn habe ich zwei Mitteilungen organisatorischer Natur bekannt zu geben. Diejenigen, welche im Rat längere Voten abhalten oder Anträge einreichen, bitte ich, diese in schriftlicher oder allenfalls sogar elektronischer Form dem Protokollführer abzugeben. Dies erleichtert ihm die Arbeit und es erhöht die Genauigkeit der wortgetreuen Wiedergabe der jeweiligen Voten. Der zweite Hinweis betrifft die Stimmzähler. Diese haben ihre Zuständigkeitsbereiche. Nicole Zeiter zählt die SP Fraktion sowie die FDP Fraktion. Klaus Jost zählt die SVP Fraktion sowie die restlichen Fraktionen inklusive Mirjam Veglio. Vergesst bitte nicht eure eigene Stimme auch zu zählen. Auch diese Jahr findet der Anlass "schweiz.bewegt" statt. Bekanntlich konnten wir uns letztes Jahr für die Niederlage aus dem Vorjahr revanchieren und konnten die Vertreter der Gemeinde Münchenbuchsee bezwingen. Dieses Jahr findet der Anlass am 5., 6., 8. und 10. Mai statt. Damit die Tradition vom siegreichen Zollikofen aufrecht erhalten werden kann, ist es wichtig, dass sich die Bevölkerung zahlreich an diesem Anlass beteiligt. Es ist auch nicht verboten, dass die politischen Mandatsträger aus dem Gemeinderat und dem Parlament an diesem Anlass teilnehmen. Ich weise darauf hin, was ihr auf euren Pulten vorfindet. Dies sind die Antworten des Gemeinderates auf die beiden einfachen Anfragen von Elisabeth Aebi-Lehmann (SVP) sowie die dringliche Interpellation Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend Folgen der kantonalen Steuergesetz-Revision für die Gemeindefinanzen beziehungsweise bereits die Antwort des Gemeinderates zu dieser Interpellation. Über die Dringlichkeit dieses Vorstosses werden wir unmittelbar nach den Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission und des Gemeinderates befinden. Wir kommen nun zu den Mitteilungen der GPK.

Mitteilungen der GPK

Peter Traber, GPK: Herr Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Der Artikel 57 der Gemeindeverfassung hält fest: "Die Geschäftsprüfungskommission kontrolliert periodisch und stichprobenweise den Vollzug der Verwaltungsorganisation und die Rechtmässigkeit der Verwaltungstätigkeit" und "ist Aufsichtsstelle für den Datenschutz". Die GPK hat am 16. November 2009 diese Aufgabe für das Jahr 2009 wahrgenommen und zusammen mit den Herren Funk, Gatschet, Marti, Bichsel, Demmler und Fässler diese Kontrolle durchgeführt. Ich beginne mit der Verwaltungskontrolle. Die GPK legt jeweils fest, welches Departement geprüft wird. Sie hat festgelegt, dass im Jahr 2009 das Departement Präsidiales geprüft wird. Dieses umfasst zahlreiche Bereiche: Öffentlichkeitsarbeit, Verwaltungsorganisation, Wirtschaft, Standortmarketing, Kultur, Sport, Musikschule, Erwachsenenbildung, öffentliche Bibliothek, Mietamt, Testamentseröffnungen, Abstimmungen und Wahlen, Ratssekretariate und Personelles. Die GPK hat sich an einer vorbereitenden Sitzung Gedanken über diese Kontrolle gemacht und die Diskussionspunkte definiert. Ausserdem wurden die Vorausunterlagen definiert. Das Ergebnis dieser Verwaltungskontrolle kann man wie folgt zusammenfassen: Wir haben die Vorausunterlagen und die Vorabstellungnahmen zu diesen Fragen erhalten. Wir konnten an der Sitzung feststellen, dass die Sitzungsteilnehmer gut vorbereitet waren. Sie konnten alle Fragen der GPK beantworten. Wir dürfen weiter festhalten, dass wir insgesamt einen sehr guten Eindruck des Departementes sowie seiner Führung erhalten haben. Wir konnten feststellen, dass die Aufgaben korrekt, dem Bedürfnis der Einwohner von Zollikofen entsprechend, erfüllt werden und dass die eingesetzte Führung und auch die eingesetzten Führungsmittel dem neusten Stand entsprechen. Auf der anderen Seite liegt es natürlich auf der Hand, dass, bei einer derart detaillierte Kontrolle, wie dies die GPK durchführte, auch Punkte auftauchen, die man überdenken muss. Wir haben in vier Fällen Handlungsbedarf erkannt. Im Bereich der Verwaltungsorganisation haben wir der Gemeinde empfohlen, künftig ihre Organisation systematisch mit derer anderer Gemeinden zu vergleichen. Hierbei müssen Stärken und Schwächen aufgelistet und anschliessend die entsprechenden Massnahmen definiert werden. Der zweite Punkt betraf die Öffentlichkeitsarbeit. Hier erhielten wir den Eindruck, dass es wichtig ist, dass zur Verfügung stehende Informationskanäle wie das Mittelungsblatt Zollikofen (MZ) sowie die Homepage der Gemeinde noch stärker zur Information der Bevölkerung von Zollikofen genutzt werden. Wir hatten hier den Eindruck, dass vor allem aus den Kommissionen noch stärker informiert werden könnte. Wir kommen zum dritten Bereich, welcher Kultur und Sport betrifft. Hier haben wir Handlungsbedarf erkannt. Wir mussten feststellen, dass die gemeindeinternen Grundlagen relativ dünn sind. Es existiert weder ein Reglement noch ein Konzept. Es besteht lediglich ein Reglement über die ständigen Kommissionen. Ein grober Mangel besteht darin, dass die Kulturförderung vor Ort in diesem Reglement nicht erwähnt ist. Handlungsbedarf liegt unserer Ansicht nach vor, weil Lücken auf der reglementarischen Ebene vorhanden sind und weder Pflichtenheft noch Kulturkonzept bestehen. Das Thema Sport ist in der Kulturkommission nicht erwähnt. Im Anhang zur Verordnung über die Verwaltungsorganisation ist der Sport als Aufgabenbereich der Präsidialabteilung verankert. Die Kulturkommission befasst sich aber nicht mit dem Thema Sport. Die GPK hat sich deshalb gefragt, ob auf Gemeindeebene ein Konzept zur Sportförderung zu erarbeiten wäre. Nun zu einem nächsten Punkt. Das Leitbild der Gemeinde Zollikofen sieht die Organisation eines Grossanlasses vor. Die Kulturkommission versteht sich als Koordinatorin und nicht als Organisationskomitee. Eine Schwäche solcher Organisationen ist jeweils die, dass der ordentliche Budgetprozess abgewartet werden muss, bevor die langfristig sichergestellte Organisation garantiert werden kann. Die Erwartungen der GPK in diesem Bereich sind die Folgenden: Die GPK erwartet, dass ein Kulturkonzept erarbeitet wird, in welchem die Zuständigkeiten geklärt und Aussagen zu den Finanzen gemacht werden. Ausserdem muss die Rolle des Sports klar geregelt werden. Also eine klare Zuordnung der Aufgaben, welche anfallen. Der vierte

Handlungsbedarf, welchen wir erkannt haben, umfasst die Themen Musikschule, Erwachsenenbildung und Bibliothek. Hier hat sich die GPK die Frage gestellt, ob diese Bereiche in der Kulturkommission am richtigen Ort angegliedert sind. Soweit zur Verwaltungskontrolle. Ich komme nun zum Datenschutz. Die GPK hat ihre Aufgabe in diesem Bereich systematisch definiert und gestützt darauf das Gespräch mit den Datenschutzverantwortlichen der Gemeinde geführt. Hierbei konnten wir feststellen, dass den geltenden Datenschutzbestimmungen nachgelebt wird. Wir haben keinen weiteren Handlungsbedarf erkannt. In einem Fall wird die Gemeindeverwaltung mit der kantonalen Datenschutzstelle abklären wie ein Gesetzesartikel bezüglich Veröffentlichung von datenschutzrelevanten Punkten im Internet zu interpretieren ist. Wie sieht nun das weitere Vorgehen aus? Die GPK wird die Aufarbeitung der soeben ausgeführten Punkten anlässlich der Beratung des Verwaltungsberichtes im Mai mit der Gemeinde erörtern.

Präsident: Wir kommen zu den Mitteilungen des Gemeinderates.

Mitteilungen des Gemeinderates

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Ich gelange mit einer Bitte des Gemeinderates an euch. Uns ist bewusst, dass Sie als Parlamentarier über Pflichten und Rechte verfügen. Wir bitten euch in Zukunft, bei einfachen Anfragen, welche sich leicht beantworten lassen, jeweils telefonisch auf der Gemeindeverwaltung zu erkundigen. So lassen sich viele Fragen bereits im Vorfeld klären und es müssen keine aufwendigen Schreibstücke verfasst werden. Es kann damit auch vermieden werden, dass allenfalls unrichtige Tatsachen durch die Medien verbreitet werden. Wir bitten euch daher die entsprechenden Informationen auf der Gemeindeverwaltung einzuholen, wir sind gerne bereit Fragen zu beantworten.

Präsident: Weitere Mitteilungen aus dem Gemeinderat? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Wir kommen zur nun dringlichen Interpellation von Bruno Vanoni. Es geht nun einzig und allein darum, im jetzigen Stadium der Sitzung, über die Dringlichkeit zu beraten und zu entscheiden, nicht aber über die Inhalte. Ich erteile dem Interpellant das Wort, damit er die Dringlichkeit begründen kann.

Bruno Vanoni, GFL: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich versuche mich kurz zu halten, weil uns die Antwort des Gemeinderates bereits vorliegt. Daraus schliesse ich, dass die Dringlichkeit vom Gemeinderat anerkannt worden ist. Wir haben diese Interpellation eingereicht, weil wir vor zwei Wochen bei der Lektüre der Tageszeitung erschrocken sind. Wir haben gelesen, dass eine Reihe von Gemeindepräsidenten Alarm geschlagen haben bezüglich der Auswirkungen der kantonalen Steuergesetzrevision auf die Gemeindefinanzen. Ich bin dann nochmals erschrocken, als ich in einem internen Papier lesen konnte, dass die kantonale Steuergesetzrevision, wenn sie wie vorgesehen durchgeführt wird, der Gemeinde Zollikofen mehr als 1.2 Mio Franken Mindereinnahmen pro Jahr bringen könnte. Dies zusätzlich zu den Defiziten von 2 Mio Franken, welche bereits in der Finanzplanung berücksichtigt sind. Hierbei sind die Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht eingerechnet. Also insgesamt drohende Defizite von 3 Mio Franken oder sogar noch mehr. Der Grosse Rat hat zwar gestern diese Revision etwas abgeschwächt, aber noch immer müssen die Gemeinden mit Einnahmenverlusten von über 100 Mio Franken rechnen. Zollikofen dürfte jährlich eine Million weniger in der Kasse haben als bisher geplant. Angesichts dieser abrupten und massiven Verschlechterung der Finanzlage finden wir es von der GFL, unterstützt von der CVP, angebracht und nötig, dass der Gemeinderat sofort darüber informiert und auch erklärt, was er davon hält. Nur so können wir im GGR unsere Verantwortung in Zukunft wahrnehmen und Entscheide in voller Kenntnis der finanziel-

len Rahmenbedingungen treffen. Wir sind der Ansicht, dass auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein Recht darauf haben zu erfahren, was da wegen der kantonalen Steuergesetzrevision auf sie zukommt. Wer weiss: vielleicht sogar bald eine Steuererhöhung auf Gemeindeebene. Ich bitte deshalb der Dringlichkeit zuzustimmen und den Gemeinderat die Interpellation noch heute beantworten zu lassen.

Präsident: Der Gemeinderat hat nun Gelegenheit sich zur Dringlichkeit zu äussern. Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Interpellation Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende die Dringlichkeit erteilen möchte, wird geben dies durch Handerheben zu bezeugen. Das ist die Mehrheit. **Somit ist die Dringlichkeit gegeben.** Wir werden auf die Interpellation am Schluss der Traktandenliste unter Traktandum 35 darauf zurückkommen.

Präsident: Damit kommen wir zu den traktandierten Geschäften. Die Traktandenliste ist Euch mit Datum vom 5. März 2010 zugestellt worden. Wird eine Abänderung der Reihenfolge der Traktanden geltend gemacht? Ist nicht der Fall. Dann werden wir uns an die Traktandenliste halten und ich betrachte diese als genehmigt.

25 Pro Protokoll

Protokoll vom 24. Februar 2010

Präsident: Wird hier das Wort verlangt?

Armin Röthlisberger, SVP: Herr Präsident, werte Anwesende. Wenn ein Privater ein Schriftstück einreichen will oder wenn eine Behörde etwas von einem Privaten will, werden Fristen verlangt. Zehn oder 30 Tage. Man kann Fristenverlängerungen verlangen und muss dafür bezahlen. Man erhält Gebühren oder eine Busse. Wenn man Offerten einreicht und diese nicht pünktlich auf den geforderten Tag einreicht, wird man vom Wettbewerb ausgeschlossen. Ich finde es nicht richtig, dass uns die Verwaltung das Protokoll so spät vorlegt. In der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates kann man unter Artikel 3 ganz klar nachlesen, dass man dieses mindestens acht Tage vorher einsehen kann. Auch wenn es dann später verschickt wird. Ich muss mir hier vorbehalten, dass, wenn man heute Abend über das abstimmen wird, diesbezüglich eine Beschwerde einzureichen.

Präsident: Wir nehmen dies so zur Kenntnis. Weitere Wortmeldungen?

Toni Oesch, FdU: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Vorneweg möchte ich dem Gebirgsinfanterist Marti für die Erstellung des Protokolls, trotz des Militärdienstes, danken. Ich habe mit ihm mein Votum auf dem Tonbandgerät abgehört. Auf Seite 57 ungefähr in der Mitte steht geschrieben: "Fünzig Prozent davon sind Fr. 420'000.00." Richtig wäre: "Fünfzehn Prozent". In der drittletzten Zeile auf der gleichen Seite ist der Beitrag an das Schwimmbad mit Fr. 206'000.00 angegeben. Der Betrag lautet aber auf Fr. 260'000.00.

Präsident: Wir nehmen diese beiden Berichtigungen zur Kenntnis. Sie werden im Protokoll der heutigen Sitzung vermerkt. Weitere Wortmeldungen zum Protokoll? Ist nicht der Fall. **Somit erachte ich dieses Protokoll als genehmigt.**

26 1.201.11 Planungskommission

Ersatzwahl

Präsident: Eintreten ist gemäss Art. 24 GOGGR vorgegeben. Es gilt anstelle des Demissionierenden Herr Hannes Grossenbacher, eine Nachfolgerin beziehungsweise einen Nachfolger zu wählen. Von der SP Fraktion ist Elisabeth Wendelspiess-Zumofen nominiert worden. Werden weitere Wahlvorschläge geltend gemacht? Das ist nicht der Fall.

Wahlergebnis:

Die vorgeschlagene Elisabeth Wendelspiess-Zumofen, wird für die Amtsdauer per sofort bis 31. Januar 2013 als Mitglied der Planungskommission gewählt.

Präsident: Ich wünsche Dir, Elisabeth, viel Erfolg in dieser Kommission.

27 32.110. ESP Bahnhof Zollikofen

**Ausbau Bahnhof Zollikofen;
Abrechnung Verpflichtungskredit**

Präsident: Eintreten ist gemäss Art. 24 GOGGR vorgegeben. Die GPK hat das Wort.

Peter Traber, GPK: Geschätzte Ratskolleginnen, geschätzte Ratskollegen. Die GPK hat das vorliegende Geschäft geprüft. Wie man den Unterlagen entnehmen kann, ist die Schlussabrechnung durch eine externe Revisionsgesellschaft geprüft worden. Die GPK hat deshalb bei ihrer Prüfung den Fokus auf folgende zwei Punkte ausgerichtet: Arbeitsabwicklung mit Projektkommission und Zielerreichung der Abstimmungsbotschaft wie sie ursprünglich vorgelegt worden ist. Zu diesem Zweck habe ich die Umsetzung zusammen mit dem Bauverwalter der Gemeinde Zollikofen beurteilt. Ich kann dazu zwei Bemerkungen abgeben. Zur Arbeitsabwicklung mit Projektkommission: Die eingesetzte Projektkommission hat es erlaubt einen schlanken Prozess durchzuführen und hat sich bewährt. Nun zur Zielerreichung der Abstimmungsbotschaft: Hier kann man sagen, die Ziele sind erreicht worden. Was dem Stimmbürger in Aussicht gestellt worden ist, das wurde umgesetzt. Eine einzige Einschränkung, beziehungsweise ein Punkt welcher nicht umgesetzt werden konnte, wurde im Geschäft dargelegt. Die Anbindung an den öffentlichen Verkehr konnte für die Einwohner von Zollikofen verbessert werden. Mit der Realisation der Überführung im Abschnitt Ost wurde auch sichergestellt, dass das Meielen - Areal, sollte es dann soweit sein, einen direkten Zugang zum öffentlichen Verkehr hat. Die GPK hat einen sehr guten Eindruck dieses Geschäftes erhalten.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte hier nicht unnötig verlängern. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass der Ausbau des Bahnhofs Zollikofen ein gewaltiges Geschäft darstellt. Es waren sechs teilweise sogar sieben Partner daran beteiligt. Bereits in der Vorbereitung wie auch in der Ausführung waren riesige Anstrengungen notwendig. Hinzu kamen die diversen Anpassungen in der Planung. Die Abrechnung war sicher ähnlich aufwendig wie das gesamte Projekt. Die exakte und vorschriftsgemässe Verteilung der Kosten war sehr kompliziert. Es ist ein gelungenes Projekt. Effektiv haben wir keine Kostenunterschreitung, das wird im

Geschäft ja auch erwähnt. Es betrifft den Bauteil Rampe bei der Fenaco, welcher aus nachvollziehbaren Gründen nicht ausgeführt worden ist. In diesem Bereich kann man nicht genau abschätzen was noch passieren wird und ob der Bau der Rampe nicht allenfalls eine Fehlinvestition wäre. Ich möchte erwähnen, dass es eine grosse Leistung ist bei einem solchen Projekt die Kosten, inkl. der Teuerung, im Griff zu halten.

Präsident: Die Fraktionen haben das Wort. Das Wort wird nicht verlangt. Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder. Auch hier wird von dieser Gelegenheit nicht Gebrauch gemacht. Ich gehe nicht davon aus, dass der Gemeinderat noch ein Schlusswort wünscht

Präsident: Besten Dank. Somit kann ich Folgendes feststellen:

Von der Abrechnung über den Verpflichtungskredit im Betrag von Fr. 3'324'844.60 mit einer Kostenunterschreitung von Fr. 705'155.40 wird Kenntnis genommen.

28 34.131. Schulanlage Sekundarstufe I

Betonsanierung; Verpflichtungskredit

Präsident: Ist das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Die GPK hat das Wort.

Miriam Veglio, GPK: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Die GPK kritisiert die Vorlage in Bezug auf Information, Leserlichkeit und Einheit. Wir haben festgestellt, dass im Titel der Bezug zum Objekt, also zur Schulanlage Sekundarstufe I, fehlt. Die festgestellten Schäden von 2006 und die von heute sind unübersichtlich im Text aufgeführt. Man muss diese zum Teil aus dem Sanierungskonzept ausschliessen. Ein Plan und allfällige Bilder, beispielsweise ein Exemplar zu Händen der jeweiligen Fraktionspräsidenten, hätten den Sachverhalt noch ein wenig visualisiert. Bei Punkt 2 (Grundlagen), haben wir festgestellt, dass Mehrfachnennungen beziehungsweise der gleiche Begriff unterschiedlich verwendet wurde. Einmal wurde der Klassentrakt mit der römischen Nummerierung angegeben, dann mit der arabischen Zahl und einmal nur der Trakt ohne Nummerierung. Begriffe sollten immer gleich verwendet werden. Die Stellungnahme der Finanzkommission (Punkt 5) bezüglich der Folgekosten ist unklar. Im Investitionsplan sind Fr. 150'000.00 enthalten. Der effektive Verpflichtungskredit beläuft sich nun auf Fr. 450'600.00. Wie wird die Differenz von rund Fr. 300'000.00 im Investitionsplan kompensiert und wie ist die Tabelle in diesem Punkt genau zu verstehen?

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Herr Präsident, werte Damen und Herren. Im Jahre 1963 wurde die Schulanlage Sekundarstufe erbaut. Die damaligen Armierungseisen wurden mit ca. 1 cm Beton überdeckt. Damals wusste man über die Betonkorrosion noch nicht Bescheid. Die ersten Sanierungen erfolgten zwischen den Jahren 1985 bis 1994. Ein grosser Teil der Betonfassaden wurde damals mit Fassadenblechen verkleidet. Die sichtbaren verbleibenden Rest-Beton-Flächen wurden mit den damals verfügbaren Materialien saniert. Im Jahre 2006 wurde eine Kostenschätzung für die Betonsanierung zwischen dem Trakt 1 und der Turnhalle erstellt. Bei den anderen Gebäuden sah man damals noch wenig Bedarf. Im heutigen Projekt wurden sämtliche Gebäude auf Risse und Abplatzungen kontrolliert. Ausgenommen von der Sanierung ist der Aulatrakt, dessen Gebäudehüllensanierung mit Wärmedämmung ist im Investitionsplan im

Jahre 2014 vorgesehen ist. Damals wurden die Gebäude mit Wärmedämmung und Blechabdeckungen eingepackt. Die restlichen ersichtlichen Betonelemente wurden, wie ich erwähnt habe, mit einem starren Betonsanierungssystem ausgeführt. Hier ein paar Beispiele der heutigen Schäden (zeigt mittels Folien die Schäden am Gebäude). Im Sanierungsprojekt 2010 ist vorgesehen, dass die Risse und Abplatzungen wieder instand gestellt und zum besseren Schutze mit einer Blechabdeckung verkleidet werden. Die Blechabdeckung bietet durch den Wegfall der Kittfugenerneuerung Vorteile im Dilatationsfugbereich. In Bereichen wo Betonwände teilweise vor Witterung geschützt sind, können die Roststellen geflickt und die Betonoberfläche mit einem mehrschichtigen, elastischen Sanierungssystem geschützt werden. Für das ganze Areal benötigt es rund 5'100 Quadratmeter Gerüste. Aufgrund dieser Menge an Gerüsten ist im Budget ein relativ hoher Betrag eingestellt. Der Betrag ist wesentlich höher als ursprünglich im Investitionsplan vorgesehen war. Es ist jedoch zu bedenken, dass die Schäden, je länger gewartet wird, ein immer grösseres Ausmass annehmen. Die Geschäftsprüfungskommission fragt sich, wie die Differenz von rund Fr. 300'000.00 im Investitionsplan kompensiert wird? Am 1. März haben die Departemente Bau und Finanzen unter Beizug des Gemeindepräsidenten eine Lagebeurteilung zum Investitionsvolumen und -planung 2010 und Folgejahre vorgenommen. Im Voranschlag 2010 ist ein steuerfinanzierter Investitionsbetrag von 3.34 Mio Franken inbegriffen. Die Investitionen wurden aufgrund der aktuellen Situation aktualisiert. Zum Beispiel wurde für dieses Jahr die Differenz von Fr. 300'000.00 für die Betonsanierung bei der Schulanlage Sekundarstufe I und auch eine Differenz von Fr. 90'000.00 bei der Sanierung des Allwetterplatzes bei der Schulanlage Sekundarstufe I berücksichtigt. Dieses Geschäft werden wir an einer nächsten Sitzung behandeln. Aufgrund der Aktualisierung der Investitionen beträgt der steuerfinanzierte Investitionsbetrag 3.28 Mio Franken für dieses Jahr. Aufgrund der konjunkturpolitischen Verhältnisse wollen wir betreffend Investitionen nicht auf die Bremse stehen. Dazu liegt der neue Investitionsbetrag für 2010 auf gleicher Höhe wie derjenige im Voranschlag. Deswegen können die vorgesehenen Projekte, wie diese Betonsanierung, den zuständigen Organen zur Genehmigung unterbreitet werden. Die weitere Frage der Geschäftsprüfungskommission betreffend der Tabelle kann ich folgenderweise beantworten: Die gesamte Betonsanierung wird in diesem Jahr realisiert, wenn der Grosse Gemeinderat diesem Geschäft zustimmt. Damit ergibt sich die übliche jährlich Abschreibung von 10% auf Restbuchwert plus Zinsen.

Präsident: Das Wort ist offen für die Fraktionen. Keine Wortmeldungen seitens der Fraktionen. Das Wort ist offen für die übrigen Ratsmitglieder. Auch hier wird das Wort nicht verlangt.

Präsident: Wenn nun keine Wortbegehren gewünscht werden, erkläre ich den Verpflichtungskredit gemäss Art. 50 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates, als bewilligt.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst:

Für die Betonsanierung wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 450'600.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 217.503.56 bewilligt.

29 33.131.33 Kilchbergerweg

Sanierung Kilchbergerweg; Verpflichtungskredite

Präsident: Ist das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Ist nicht der Fall. Die GPK hat das Wort.

Thomas Ackermann, GPK: Werter Präsident, werte Ratsmitglieder. Die GPK hat zu diesem Geschäft zwei Bemerkungen. Die Erste bezieht sich auf Punkt zwei des Geschäftes die Rechtsgrundlagen. Beim Strassengesetz ist das Datum falsch. Das korrekte Datum ist 4. Juni 2008. Das aufgeführte Datum 1. Januar 2009 bezieht sich auf das Inkraftsetzen des Gesetzes. Dies ändert den Inhalt des Geschäftes nicht wesentlich, aber die gesetzlichen Grundlagen müssen richtig zitiert werden. Ausserdem wurde nicht angegeben, ob es sich um ein nationales, kantonales oder kommunales Gesetz handelt. Die zweite Bemerkung bezieht sich auf Punkt vier, die Projektbeschreibung. Bei der Dimensionserweiterung (Kanalisation) des Rohres ist nur vom Teilstück zwischen Kontrollschacht (KS) 804 zum neu projektierten KS 1 die Rede. Die GPK hat sich gefragt, weshalb diese Kapazitätserweiterung nicht auch auf weiteren Teilen geplant wurde?

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Herr Präsident, werte Damen und Herren. Im Perimeter Kilchbergerweg verzeichnete die Wasserversorgung Zollikofen in den letzten Jahren mehrere kostenintensive Wasserleitungsbrüche. Die Gemeindewerke (Wasserversorgung, Kanalisation und GGA) müssen ihre Anlagen so planen und betreiben, dass die Versorgungssicherheit heute und in der Zukunft gewährleistet ist. Der Ersatz oder die Sanierung einer Werkleitung, im vorliegenden Geschäft die Druckwasserleitung, lösen in der Regel auch den Ersatz oder Sanierung der übrigen Werkleitungen wie auch des Strassenkörpers aus. Ich möchte jetzt die Fragen der Geschäftsprüfungskommission beantworten. Die Aussagen der GPK in Bezug auf die Rechtsgrundlagen sind richtig, das Datum stimmt nicht. Es ist ein kantonales Gesetz, welches sich auf das Bundesgesetz und das eidgenössische Strassenverkehrsgesetz stützt. Nun zur Projektbeschreibung. Ich werde Ihnen drei Fragen beantworten: "Ist wirklich nur auf diesem kleinen Teilstück vom KS 804 bis KS 1 eine Vergrösserung des Rohrdurchmessers notwendig?" Ja, es ist nur in diesem Abschnitt eine Vergrösserung notwendig. Unser Ingenieur für den Generellen Entwässerungsplan hat die Hydraulik im Bereich Kilchbergerweg überprüft und festgestellt, dass die Leitung rechnerisch voll ausgelastet ist. Man könnte auch einen leichten Rückstau zulassen, doch da wir das Rohr ersetzen, ist es richtig das nächst grössere Rohr einzubauen. "Wieso ist nur dieses kleine Teilstück voll ausgelastet?" Diese Frage habe ich mir auch gestellt. Bei der Hydraulik und dem Abwasserabfluss spielt das Gefälle eine wichtige Rolle. Je stärker das Gefälle um so mehr Wasser fliesst ab. Im vorgenannten Abschnitt haben wir ein Gefälle von 1,0 % und in dem nachfolgenden Abschnitt ein Gefälle von 5,8 %. Das heisst mit der gleichen Wassermenge ist im flacheren Gefälle ein grösserer Rohrdurchmesser notwendig. Zur dritten Frage: "Kann es noch passieren, dass festgestellt wird, dass doch für die ganze Kanalisation im Kilchbergerweg eine Dimensionierungserweiterung nötig ist?" Nein, da wir die Hydraulik und das Einzugsgebiet mit eventuellen Veränderungen in diesem Gebiet im letzten Jahr überprüft haben. Damit mit der Bauausführung Anfangs Mai termingerecht begonnen werden kann, wurden die Tiefbauarbeiten und Rohrlegearbeiten schon öffentlich ausgeschrieben. Aufgrund der erhaltenen Angebote erwarten wir tiefere Kosten von rund Fr. 400'000.00 gegenüber dem Kostenvorschlag. Ich bitte Sie um Zustimmung dieses Geschäftes.

Präsident: Das Wort ist nun offen für die Fraktionen.

Edith Vanoni-Rempfler, GFL: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Die GFL kann der Sanierung am Kilchbergerweg zustimmen. Ich möchte an dieser Stelle dennoch zwei Bemerkungen anbringen. Unter Punkt vier, beim Abschnitt Kanalisation steht geschrieben: "Das Rohr ist leicht ausgewaschen, hat Risse, offene Fugen, nicht fachgerecht ausgeführte Anschlüsse, und so weiter". Weiter unten, beim Abschnitt Strassenbau steht geschrieben: " Dass die Randabschlüsse ungenügend einbetoniert sind". In meiner beruflichen Tätigkeit arbeite ich mehrheitlich in öffentlichen Gebäuden. Dabei musste ich bereits mehrmals feststellen das Arbeiten, welche von Gemeinden oder öffentlichen Institutionen vergeben werden, schlampig ausgeführt werden. Die erwähnten Beispiele aus der Projektbeschreibung bestätigen einmal mehr, was ich bereits einige Male erlebt habe. Darf so mit öffentlichen Geldern umgegangen werden? Ich bitte doch die Verantwortlichen, eine vermehrte Aufmerksamkeit auf die Qualität bei der Ausführung von Arbeiten zu achten. Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf den Bau einer neuen GGA-Kabelschutzrohranlage. Unter dem Titel Nachteil steht geschrieben: "Bei einem Verkauf der GGA-Zollikofen erfolgt für diese Investition wahrscheinlich kein adäquater Erlös." Diese Aussage erscheint mir sehr schicksalsergeben. Es handelt sich hierbei um eine Investition von Fr. 168'000.00. Ich hoffe doch, dass in den Verhandlungen mit einem eventuellen Käufer, hart um einen adäquaten Preis verhandelt wird.

Präsident: Weitere Fraktionsmeinungen? Ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder. Von dieser Gelegenheit wird nicht Gebrauch gemacht. Wünscht der Gemeinderat ein Schlusswort? Dies ist nicht der Fall.

Präsident: Wir schreiten nun zur Abstimmung.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst grossmehrheitlich:

- 1. Der Verpflichtungskredit für den Ersatz der Druckwasserleitung (Sekundärleitung) von Fr. 508'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung der Wasserversorgung, Konto 700.501.64, wird bewilligt.**
- 2. Der Verpflichtungskredit für den Ersatz und Ausbau der Kanalisation von Fr. 619'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung der Abwasserentsorgung, Konto 710.501.54, wird bewilligt.**
- 3. Der Verpflichtungskredit für den Bau einer neuen GGA-Kabelschutzrohranlage von Fr. 168'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung Antennen und Kabelanlagen, Konto 321.501.08, wird bewilligt.**

30 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Motion Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend 10 Jahre Umweltkonzept: Bilanz ziehen und zukunftsweisend aktualisieren; Erheblicherklärung

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Ich stelle fest, dass die GPK zumindest in ihrem Protokoll eine Bemerkung angebracht hat. Wünscht die GPK das Wort?

Thomas Ackermann, GPK: Werter Präsident, werte Ratsmitglieder. Die GPK hat wiederum zwei Bemerkungen. Die erste Bemerkung bezieht sich auf die Rechtsgrundlagen. Woraus schliesst der Gemeinderat, dass ein Umweltkonzept in seinen Kompetenzbereich fällt? Die zweite Bemerkung bezieht sich auf die Antwort des Gemeinderates. Wie kann die Umwelt- und Landschaftskommission Mitte 2009 etwas festhalten, wenn diese zwischen dem 20. Februar 2008 bis 19. Oktober 2009 keine Sitzung abgehalten hat. Wir haben erfahren, dass Beat Merlach sich diesbezüglich mit dem Präsidenten der Umwelt- und Landschaftskommission in Verbindung gesetzt, dies kann aber nicht als Meinung der ganzen Kommission gewertet werden.

Präsident: Der Motionär hat das Wort.

Bruno Vanoni, GFL: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich danke dem Gemeinderat für die Stellungnahme und die Bereitschaft, die Motion wenigstens als Postulat entgegenzunehmen. Ich möchte mich zuerst zur Formfrage äussern und dann noch zum Inhalt der Antwort des Gemeinderates. Ich spreche auch für die GFL Fraktion, diese wird sich später nicht mehr zu Wort melden. Zuerst zum Formalen: Der Gemeinderat bestreitet, dass eine Motion zulässig ist. Darüber habe ich mich gewundert. Denn das Umweltkonzept selber ist, wie ich in der Begründung geschrieben habe, durch eine Motion angeregt worden. Der Grosse Gemeinderat hat die damalige Motion von Marianne Keller am 26. Februar 1997 mit grossem Mehr erheblich erklärt, wie ich im Protokoll nachgelesen habe. Kein Mensch hat damals die Zulässigkeit der Motion bestritten. Dass das Umweltkonzept im Jahr 2009, als es fertig ausgearbeitet war, nur vom Gemeinderat beschlossen worden ist, ist meines Erachtens kein Grund heute zu sagen, dass Umweltkonzept falle generell in den Kompetenzbereich des Gemeinderates. Wenn der GGR vor 13 Jahren den Auftrag zur Erarbeitung des Konzeptes mit einer Motion geben konnte, so kann er heute wohl auch mit einer Motion eine Aktualisierung verlangen. Kommt dazu, dass ich in der Motionsbegründung ausdrücklich geschrieben habe, zur Aktualisierung des Umweltkonzeptes gehöre auch ein Massnahmenplan, der dem GGR vorzulegen sei, je nach Inhalt zum Beschluss oder zur Kenntnisnahme. Mit anderen Worten das aktualisierte Umweltkonzept, welches der Gemeinderat auch überarbeiten will, würde anschliessend wieder im Grossen Gemeinderat behandelt werden. Aus diesem Grund müsste es doch wohl möglich sein, dies mit einer Motion zu beschliessen. Aus rechtlichen Gründen sehe ich also nicht ein, weshalb ich die Motion in ein Postulat umwandeln sollte. Ich komme zum Inhalt. Es freut mich, dass auch der Gemeinderat anerkennt, dass das Umweltkonzept aktualisiert werden muss. Ich fände es auch richtig, dass er für diese Arbeit der Umwelt- und Landschaftskommission den Rücken stärkt. Aber das bisherige Engagement dieser Kommission, wir konnten vorhin etwas zum Sitzungsrythmus vernehmen, lässt mich daran zweifeln, ob die Kommission diese Aufgabe alleine erfüllen kann. Darum ist in der Begründung der Motion auch angeregt, dass man für die Überarbeitung externe Fachleute beiziehen könnte. Wer das Umweltkonzept kennt, weiss wie gründlich und detailliert dieses ist. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn auch bei der Überarbeitung externe Leute beigezogen werden könnten. So wie dies vor rund 10 Jahren geschehen ist, als das Umweltkonzept mit einem externen Fachmann erarbeitet worden ist. Deshalb hat das Konzept in weiten Kreisen als Pioniertat Beachtung gefunden. Leider geht aus der Antwort des Gemeinderates hervor, dass er kaum einen Handlungsbedarf in den beiden Bereichen, die sich seit der Erarbeitung des Umweltkonzeptes zu neuen Schwerpunkten und Prioritäten von jeder Umweltpolitik entwickelt haben, sieht. Es handelt sich um den Klimaschutz und um die Förderung der Biodiversität, um die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten und deren Lebensräumen. Das Jahr 2010 ist das internationale Jahr der Biodiversität. Wir anerkennen, dass die Gemeinde Zollikofen als Energiestadt wichtige Beiträge zum Klimaschutz bereits leistet und auch in Zukunft leisten wird. Aber das Beispiel anderer Gemeinden zeigt, dass auch Zollikofen mehr tun könnte. Es besteht sogar die Gefahr, dass Zollikofen ohne zusätzliche Anstrengungen den guten Ruf und

den Spitzenrang unter den Energiestädten verlieren könnte. Es drohen Rückschritte. Beispielsweise könnte die Abschaffung der Ausnützungsziffer den einzigartigen Minerergie - Bonus im Baureglement in Frage stellen. Dies könnte Zollikofen einige Punkte in der Rangliste der Energiestädte, auf welche wir immer so stolz waren, kosten. Es gilt also, im Rahmen der Aktualisierung des Umweltkonzepts neue, zusätzliche Möglichkeiten für ein stärkeres Engagement im Klimaschutz aufzuzeigen. Das gilt noch mehr für die Förderung der Biodiversität. Der Gemeinderat schreibt, das sei eine Bundesaufgabe, die vom Kanton finanziell stark unterstützt werde. Das stimmt so nicht. Die Förderung der Biodiversität ist eine Verbundaufgabe von Bund und Kantonen. Gemäss der bernischen Kantonsverfassung Art. 31 Abs. 4 schützen der Kanton und die Gemeinden die Tier- und Pflanzenwelt sowie deren Lebensräume. Das heisst nichts anderes als Förderung der Biodiversität. Das Biodiversität auch eine Aufgabe der Gemeinden ist, zeigt das aktive Engagement von Gemeindegremien in unserer Nachbarschaft am Beispiel der Landschaftskommission Wohlen. Im GGR unserer Partnergemeinde Münchenbuchsee wird an einer nächsten Sitzung ein Gastreferat zum Jahr der Biodiversität gehalten. Es trifft zu, dass Zollikofen mit einem guten Vernetzungsprojekt einen Beitrag zur Förderung der Biodiversität leistet. Wir von der GFL konnten uns im letzten Jahr im Rahmen eines öffentlichen Anlasses davon überzeugen. Aber damit sind allein die Bauern angesprochen und nur ein Teil unseres Gemeindegebietes und der Landwirtschaftszone wird davon erfasst. Dabei gibt es auch viele Möglichkeiten die Biodiversität im Siedlungsgebiet zu fördern und auch gleichzeitig die Wohnqualität zu erhöhen. Ich erlaube mir unserem Gemeindepräsidenten, stellvertretend für den Gemeinderat und auch für die Umwelt- und Landschaftskommission, ein Faltblatt des Schweizerischen Vogelschutzes zu überreichen, welches solche Möglichkeiten aufzeigt. Das ist also kein persönliches Geburtstagsgeschenk. Es ist dazu gedacht, den Leuten weiterzureichen, welche sich in der Gemeinde mit dieser Thematik beschäftigen. Eine konkrete Möglichkeit wäre die Förderung der Erneuerung der wenigen verbleibenden Hochstamm-Obstgärten in unserer Gemeinde, zum Beispiel beim Landstuhl. Aber der Gemeinderat schreibt ja in seiner Antwort, der Gemeinde fehlen die finanziellen und personellen Mittel für zusätzliche Massnahmen. Die personellen Kräfte müsste man eben mobilisieren und motivieren. Andere Gemeinden mit aktiven Natur- und Vogelschutzvereinen zeigen es vor. Freiwillige beginnen sich zu engagieren, wenn sie auch die notwendige öffentliche Rückendeckung und Motivation erhalten. Die finanziellen Mittel könnte man aus dem Fonds für schützenswerte Bauten und Naturobjekte fliessen lassen. Das ist eine bereits bestehende Spezialfinanzierung. Der GGR müsste dazu nur das entsprechende Reglement ändern. Heute fliessen aus diesem Fonds bereits Beiträge in das erwähnte Vernetzungsprojekt der Landwirte. Dieses Beispiel zeigt, dass der GGR gefragt sein könnte, wenn das aktualisierte Umweltkonzept wirklich umgesetzt werden soll. Ein Grund mehr für meine Meinung, dass die Motionsform durchaus angemessen und vor allem zulässig ist. Eigentlich läuft die ganze Antwort des Gemeinderates darauf hinaus, dass er nichts, zumindest nichts Zusätzliches, machen will, ausser das Umweltkonzept auf dem Papier zu aktualisieren. So macht ein Postulat eigentlich keinen Sinn. Aus diesem Grund möchte ich Euch bitten, den Vorstoss als verbindlichen Auftrag, als Motion zu überweisen, damit sich der Gemeinderat dann auch wirklich etwas Ernsthaftes vornimmt.

Präsident: Wünscht der Gemeinderat ergänzende Angaben zu seiner schriftlichen Antwort zu machen?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Zur ersten Frage der GPK, wo die entsprechenden Zuständigkeiten nachgeschaut werden können: Einerseits findet man dies im kantonalen Gemeindegesetz im Artikel 25 oder in der Gemeindeverfassung von Zollikofen unter Artikel 59. Dieser besagt: " Der Gemeinderat führt die Gemeinde". Es ist Aufgabe des Gemeinderates vorausschauend zu Handeln. Zu den bekannten Instrumenten gehören Finanz- und Investitionsplan. Legis-

laturprogramm, Schwerpunktprogramm usw. sowie Richtpläne aller Art und Konzepte. Es handelt sich hier um ein Umweltkonzept. Nun zur zweiten Frage hinsichtlich des Sitzungsrythmuses und dass es nicht möglich gewesen sein soll, dass man eine Antwort geben konnte. Es ist in den Kommissionen üblich, dass die Sekretariate zusammen mit dem Präsident bestimmen, welche Geschäfte anstehen und in den Kommissionen behandelt werden müssen. Der Präsident Markus Burren und der Sekretär Beat Merlach haben aufgrund des Aufgabenkatalogs festgestellt, dass die Überarbeitung des Umweltkonzeptes nach 10 Jahren notwendig ist. Ich bin überzeugt, dass Herr Vanoni eigentlich gar keine Motion, sondern ein Postulat einreichen wollte. Er schreibt: "Der Gemeinderat wird beauftragt zu überprüfen". Aus diesem Wortlaut lässt sich schliessen, dass ein Postulat gemeint ist. Aus diesen Gründen, gestützt auf die rechtlichen Grundlagen und den eben erwähnten Wortlaut, empfiehlt Euch der Gemeinderat die Motion abzulehnen und in ein Postulat umzuwandeln, welches der Gemeinderat gerne entgegennehmen wird.

Präsident: Markus Burren hat das Wort gewünscht.

Markus Burren, SVP: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Während des Votums von Bruno Vanoni, habe ich teilweise beinahe innerlich gekocht. Ich habe mich aber wieder ein wenig beruhigt. Die Forderungen der Motion Vanoni scheinen auf den ersten Blick offene Türen einzurennen. Aber kennt man die Materie und die Gegebenheiten von Zollikofen ein wenig besser und wenn man weiss was bisher alles realisiert worden ist und wie oft die Gemeinde Zollikofen schon als Vorzeigebispiel erwähnt worden ist, sieht die Sache ganz anders aus. Wollen wir das? Brauchen wir das immer wieder? Ist es überhaupt notwendig? Was kostet ein Vorzeigebetrieb? Was bringt uns ein Papier, welches unseren Vorzeigebetrieb vorzeigt, welcher nicht gelebt werden kann oder will? Auf alle diese Fragen gebe ich keine Antwort, da die Meinungen hier zu weit auseinanderklaffen. Aber eines weiss ich ganz bestimmt. In Bezug auf die ökologische Vernetzung sind wir in Zollikofen ein Vorzeigebispiel. Bruno Vanoni hat vergessen, dass diesbezüglich auch ein Faltprospekt existiert und dass dieser schweizweit und nicht nur in der näheren Umgebung verteilt wird. Es handelt sich hierbei um den Teilrichtplan "ökologische Vernetzung". Die Gemeinde Zollikofen war einmal mehr Pilotgemeinde bei der Erarbeitung dieses Teilrichtplanes. Viele Gemeinden im Kanton schauen zurzeit auf die Gemeinde Münchenbuchsee, da dort ein Vortrag über die ökologische Vernetzung abgehalten wird. Doch die Gemeinde Münchenbuchsee hat nicht einmal einen Teilrichtplan. Wir hingegen sind bereits seit sechs Jahren in Besitz eines Solchen. Sind wir doch einmal zufrieden mit dem was wir haben. Der Teilrichtplan der ökologischen Vernetzung wird unterstützt durch die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft (SHL), welche Ihren Sitz an der Länggasse in Zollikofen hat. Er wird ausserdem durch die Umwelt- und Landschaftskommission, welche ich präsidiere, betreut. Es existiert eine Begleitgruppe "Vernetzungsprojekt Monitoring". Dieses Monitoring führt die Erfolgskontrolle durch. Diese 21 Seiten umfassende Erfolgskontrolle erscheint alljährlich. Darin werden, aufgrund einzelner Standorte in Zollikofen, die entsprechenden Veränderung von Jahr zu Jahr aufgezeigt. Es wird aufgeführt, ob die angestrebten Ziele erreicht werden konnten oder auch nicht. In dieser Begleitgruppe sind folgende Personen vertreten: Hans Ramseier von der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft, Flurin Baumann vom Amt für Gemeinden und Raumordnung, Daniel Fasching vom Naturschutzinspektorat, Hanspeter Lobsiger vom Jagdinspektorat, Beat Baumann als Bauverwalter von Zollikofen, zwei Vertreter seitens des Naturschutzes und meine Wenigkeit als Präsident der Umwelt- und Landschaftskommission. Die Begleitgruppe besteht einzig darum, weil die Gemeinde Zollikofen bei diesem Projekt Pilotbetrieb war. Wieder ein Vorzeigebispiel. Zur Weiterbildung betreffend der ökologischen Vernetzung oder Biodiversität findet man in den landwirtschaftlichen Fachzeitschriften wöchentlich Beiträge. Wir Bauern sind uns dieser Thematik sehr wohl bewusst. Die Politik befasst sich zurzeit sehr stark mit der Förderung der Biodiversität.

Nur leider hat man noch nicht bemerkt, wer letztendlich davon profitiert. Sehen Sie sich einmal die Werbung von Migros und Coop an, diese beiden Unternehmen profitieren am Meisten von der Förderung der Biodiversität. Die Landwirtschaft hingegen betreibt den Aufwand. Natürlich erhalten die Bauern eine Entschädigung. Diese hält sich jedoch in Grenzen. Ich komme nun zum Umweltkonzept. Das Umweltkonzept ist vor 10 Jahren erstellt worden. Ich bin mit Bruno Vanoni einig, dass das Konzept veraltet ist. Stefan Funk hat es erwähnt, ich bin diesbezüglich mit Beat Merlach zusammengekommen und wir waren uns einig, dass eine Überarbeitung unumgänglich ist. Waren damals bei der Erarbeitung dieses Werkes nur Fachleute am Werk? Was sind Fachleute überhaupt? Heutzutage werden für jede erdenkliche Arbeit Fachleute angefordert. Wer sagt, ob jemand ein Fachmann beziehungsweise Fachfrau auf einem Gebiet ist? Muss man dazu zuerst eine Dissertation schreiben, welche schlussendlich niemanden interessiert? Das ist natürlich ein wenig überspitzt formuliert, aber manchmal gewinne ich diesen Eindruck. Als ich das Umweltkonzept, zwecks Überarbeitung, das erste Mal komplett durchgelesen habe, konnte ich feststellen, dass wohl nicht in allen Bereichen Fachleute am Werk waren. Als ich die Seite der Landwirtschaft durchleuchtet habe, konnte ich vorneweg zwei Ungereimtheiten entdecken. Die hier aufgezählten Aufgaben des Ackerbaustellenleiters kann dieser gar nicht alle wahrnehmen. Weiss hier jemand, ausser Klaus Jost, wer der Ackerbaustellenleiter in Zollikofen ist? Ich denke wohl eher nicht. Es ist Christian Oesch von Rütli. Der Ackerbaustellenleiter sollte beispielsweise prüfen, wenn man dem Umwelt- und Landschaftskonzept Glauben schenken will, wie nahe der Bauer sein Land an einen Bach heran bearbeiten darf. Das ist gar nicht seine Aufgabe. Dies ist seit rund zehn oder fünfzehn Jahren nicht mehr seine Aufgabe. Dieser Teil im Konzept ist längstens überholt. Daran kann man erkennen, dass damals bei der Erarbeitung des Konzepts nicht nur Fachleute beteiligt waren. Der Ackerbaustellenleiter muss, nach Wortlaut des Konzepts, prüfen, ob die Bauern die Tierhöchstbestände pro Hektar einhalten. Das kann er gar nicht, da er nicht über die notwendigen Angaben verfügt. Für diese Aufgaben existieren Organisationen, welche die Betriebskontrollen durchführen. Wenn wir eine bestimmte Vorschrift nicht einhalten, dann werden die Beiträge gekürzt. Wird der Höchsttierbestand überschritten, werden die Direktzahlungen gestrichen. Es wird nicht lange diskutiert. Man kann dann höchstens noch Einsprache machen, erhält jedoch meistens nicht Recht. Damit das Konzept in der Umwelt- und Landschaftskommission weiterbearbeitet werden kann, braucht es noch einen Effort der Verwaltung. Diese muss die vielen Gesetzesartikel, welche das Konzept beinhaltet, überprüfen und aktualisieren. Es stellt sich auch die Frage, ob es wirklich notwendig ist, diese alle im Konzept zu erwähnen, da die Gesetze ständig überarbeitet werden. Weil diese Artikel noch nicht überarbeitet worden sind, ist seit längerem eine nächste Sitzung der Umwelt- und Landschaftskommission ausstehend. Zudem bitte ich den Gemeinderat, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, die Überarbeitung dieser Gesetzesartikel unverzüglich in die Wege zu leiten. Das Arbeit "Büetz" bedeutet ist allen klar, welche schon einmal gearbeitet haben. Ansonsten gibt es eben keinen Lohn Ende Monat. Ich möchte euch nicht länger langweilen. Aber diese Motion ist aus unserer Sicht als Postulat einzustufen. Alles was in dieser Motion gefordert wird, wurde bereits in Angriff genommen. Noch zu Dir Bruno Vanoni. Ich übergebe Dir anschliessend die Erfolgskontrolle des Teilrichtplanes ökologische Vernetzung. Du kannst diese studieren und zur Kenntnis nehmen was wir in Zollikofen bereits alles realisiert haben. Noch ein Wort zur Finanzierung. Der Kanton beteiligt sich mit 20 %, der Bund bezahlt 80 %. Die Gemeinde Zollikofen bezahlt jährlich zwischen Fr. 10'000.00 - 12'000.00 aus dem Fonds für schützenswerte Bauten und Naturobjekte. Zusätzlich Anreize sind nicht notwendig. Seitens des Bundes werden schweizweit 7 % ökologische Ausgleichsfläche gefordert. In Zollikofen verfügen wir über 13.1 % ökologischer Ausgleichsfläche. Was wollt Ihr noch mehr? Wollt Ihr ins Gras beißen anstelle einer knackigen Karotte?

Präsident: Das Wort ist weiterhin offen für die Ratsmitglieder.

Peter Traber, SP: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Die SP Fraktion hat das vorliegende Geschäft intensiv diskutiert. Wir haben uns in diesem Zusammenhang auch die Frage gestellt, welches wohl die Rolle dieser Umwelt- und Landschaftskommission ist. Wir gelangten zu folgenden Erkenntnissen: Erneuerung des Umweltkonzeptes. Wir begrüssen dies. Dies erscheint uns aber nur sinnvoll, wenn das Konzept mit einem Umsetzungsplan verbunden ist. Dieses muss Termine und Verantwortlichkeiten enthalten und muss mit einer Fortschrittlichkeitskontrolle begleitet werden. Aufgrund unserer Vorabklärungen gehen wir davon aus, dass diese Umsetzung nicht klar geregelt war und auch nicht erfolgt ist. Die in der Diskussion vorgebrachten Spezifikationen beziehungsweise Erklärungen, lassen mich zum Schluss kommen, dass dieses Geschäft nicht systematisch bearbeitet worden ist. Beim Überarbeiten des Konzepts erscheinen uns folgende Punkte wichtig: Zur externen Vergabe der Anpassung dieses Umweltkonzeptes möchte ich mich nicht weiter äussern. Bruno Vanoni hat sich dahingehend geäussert, dass diese Arbeiten extern vergeben werden sollen. Wir von der SP gehen davon aus, dass der Gemeinderat die gleiche Haltung vertritt. In der Ziffer 5 beim Geschäft ist folgende Aussage festgehalten: "Die finanziellen und personellen Auswirkungen können erst später ermittelt werden." Auch bezüglich der Biodiversität können wir uns den Aussagen von Bruno Vanoni anschliessen, wir haben keine weiteren Ergänzungen. Hinsichtlich "Energistadt" möchten wir noch eine Bemerkung anbringen. Es ist zwar richtig, dass Zollikofen als Energistadt den grössten Anteil an öffentlichen und privaten Gebäuden im Minergie - Standard hat, daraus aber den Handlungsbedarf klein zu reden, wie das der Gemeinderat in seiner Antwort macht, erscheint uns nicht zulässig. Aus unserer Sicht gibt es im Bereich Verkehr, nach wie vor grossen Handlungsbedarf. Soweit zum Umweltkonzept. Nun zur Umwelt- und Landschaftskommission. Wir haben uns unterhalten wie diese funktioniert. Wir mussten feststellen, dass die für die Umsetzung des Umweltkonzeptes zuständige Kommission, ihre Aufgabe in absolut ungenügender Form wahrnimmt oder wahrnehmen kann. Es ist bereits von der GPK darauf hingewiesen worden, dass es eigentlich gar nicht möglich ist, dass ein Beschluss wie er im Bericht und Antrag aufgeführt ist, gefällt worden ist. Zwischen Anfang 2008 und Oktober 2009 haben keine Sitzungen stattgefunden. Mitte Oktober fand wieder eine Sitzung statt. An dieser Sitzung hat die Kommission seinen Mitgliedern Bereiche des Landschaftskonzeptes zur Überprüfung zugeteilt. Die Grundlagen sind nach unserem Informationsstand bis Anfang Dezember 2009 versprochen worden. Auf dieses Datum hin war eine Sitzung geplant, welche abgesagt und auf den 18. Januar 2010 verschoben worden ist. Aber auch diese Sitzung wurde nicht abgehalten. Die jährlichen Berichte bezüglich Energistadt müssten ebenfalls von dieser Kommission behandelt werden. Das ist offenbar seit mindestens zwei Jahren nicht mehr der Fall. Nach Auffassung der SP ist dieser Zustand absolut unbefriedigend und muss zwingend verbessert werden. Die Umwelt- und Landschaftskommission muss alle Geschäfte in Bezug auf Fragen der Umwelt und Siedlungs- beziehungsweise Landschaftsentwicklung erhalten. Eine entsprechende Liste ist offenbar bei der Gründung dieser Kommission verabschiedet worden. Die Umsetzung des Umweltkonzeptes muss ebenfalls von dieser Kommission systematisch verfolgt werden. Wir von der SP finden es richtig, wenn der vorliegende Vorstoss von Bruno Vanoni als Motion überwiesen wird. Wir werden den Vorstoss entsprechend unterstützen.

Präsident: Das Wort ist weiter offen.

Markus Lötscher, FDP: Herr Präsident, liebe Ratsmitglieder. Die FDP Fraktion begrüsst eine Überprüfung, eine Anpassung sowie eine Weiterentwicklung des Umweltkonzeptes. In der vorangehenden Diskussion wurde bereits mehrmals auf den Optimierungsbedarf des Konzeptes hingewiesen. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass man bis anhin zu langsam gearbeitet hat und dies beschleunigen muss. Die FDP Fraktion würde es begrüssen, wenn bei der Überarbeitung des Konzeptes in Zukunft schneller gearbeitet wird und anstehende Arbeiten nicht immer wieder hinausgeschoben würden.

Es wird ausserdem darauf hingewiesen, was bereits alles erarbeitet worden ist. Diese Dokumente könnte man auf der Homepage der Gemeinde präsentieren. Zurzeit findet man zu diesem Thema relativ wenig auf der Homepage. Damit könnte man dem ganzen Projekt allenfalls zu neuem Schwung verhelfen. Die FDP Fraktion unterstützt den Vorstoss als Postulat aber nicht als Motion.

Präsident: Weitere Wortmeldungen sind gefragt.

Markus Burren, SVP: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich erachte es als wenig sinnvoll, wenn man die Überarbeitung durch ein externes Büro ausführen lässt. Wer sich das Konzept bereits einmal zu Gemüte geführt hat weiss, dass es derart viele spezifische Artikel, teils von der Gemeinde Zollikofen aber auch seitens des Kantons, beinhaltet, dass sich ein Dritter zuerst in die ganze Materie hineindenken muss. Man muss ihm erläutern, was er genau zu tun hat. In dieser Zeit hätte man die Überarbeitung beinahe schon gemacht. Aus diesem Grund muss die Überarbeitung der Artikel durch die Gemeindeverwaltung erfolgen. Dies ist der erste Schritt welcher in Bezug auf eine komplette Überarbeitung an die Hand genommen werden muss. Hier bitte ich den Gemeinderat diesen Auftrag der Verwaltung zu erteilen. Ich muss mir selber eingestehen, dass ich manchmal zu schwach war, wenn seitens der Verwaltung der Wunsch nach einer Vertagung kam. Ich hätte hier konsequenter sein müssen. Oder ich hätte mich gleich an den Gemeinderat wenden müssen.

Präsident: Wird aus dem Rat noch das Wort verlangt?

Toni Oesch, FdU: In Bezug auf die Frage, ob es sich nun um eine Motion oder ein Postulat handelt, würde ich meinen, wenn man den Auftrag mittels eines Postulates erteilt, wird bereits ein wichtiges Signal an die Verwaltung gesandt. Man sollte das Geschäft nicht gefährden, indem man die Motion ablehnt und anschliessend werden keine Arbeiten an die Hand genommen. Ich bitte Bruno Vanoni zu erläutern, ob er wirklich eine Motion einreichen will. Die Formulierung: "Der Gemeinderat wird beauftragt zu überprüfen", lässt rein formell auf ein Postulat schliessen. Kommen wir nun von der theoretischen Politik zur praktischen Politik. Ein Beispiel hierzu: In der Antwort des Gemeinderates heisst es: "Die Gemeinde Zollikofen sei ein Vorzeigebispiel im Bereich der ökologischen Vernetzung". Aber ich erinnere daran, dass am letzten Montag auf der Gemeindeverwaltung Einspracheverhandlungen gegen die geplante Abholzung der Eichen, beispielsweise im Bereich des "Schweizerhubels", stattgefunden haben. Wir haben diesbezüglich Einsprache eingereicht. Ausserdem haben auch die Anwohner sowie die Verwaltungen der betroffenen Mehrfamilienhäuser Einsprache eingereicht. Der Gemeindepräsident Stefan Funk hat diese Verhandlungen geleitet. Er hat dem GGR, als wir im letzten Mai den Verwaltungsbericht behandelt haben, gesagt, wenn Überbauungen realisiert werden, werden auch Bäume gepflanzt und diese werden mit den Jahren grösser. Beim "Schweizerhubel", im Bereich "Bim Hasel" und "Uf der Höchi" stehen zehn bis zwölf Eichen, welche anscheinend über siebzig Jahre alt sind. Bauern haben diese Eichen damals gepflanzt, damit sie das gute Eichenholz eines Tages nutzen können. Jetzt werden diese Eichen abgeholzt, obschon diese durch die Gemeinde geschützt sind. Die Meinung des Gemeinderates ist nun die, dass es sich hierbei um eine Hecke handelt. Die Grüne Freie Liste hat durch ihr Nicht-Handeln in dieser Angelegenheit ein wenig versagt. Sie hätte handeln sollen. Denn auch im "Graben" wird abgeholzt. *Gelächter im Saal.* Die Situation ist eigentlich nicht zum Lachen. Es geht um wesentliche Bestandteile der Vernetzung. Ich war in der Ortsplanungskommission dabei, als es darum ging die Sonderbauvorschriften bezüglich des "Schweizerhubel" zu genehmigen. Damals hat man Frau Göldi, Kulturingenieurin ETH, zur Ortsplanung beigezogen. Damals wurde gesagt es muss eine ökologische Vernetzung geschaffen werden. Die Vernetzung von der Aare bis zum Tannholz- und Buchsiwald - Wald für Vögel und Kleintiere wurde hier nicht erwähnt. Wenn nun Bestandteile aus dieser ökologi-

schen Vernetzung herausgebrochen werden, das musste sogar der zuständige Mitarbeiter des neu hinzugezogenen Büros naturaqua zugeben, bedeutet dies eine Verminderung der ökologischen Vernetzung. Das ist nun eben die praktische Politik, im Gegensatz zu den schönen Worten, welche wir auf diesem Papier vorfinden.

Präsident: Wird von den Ratsmitgliedern noch das Wort gewünscht?

Markus Burren, SVP: Man muss einmal erklären was eine Hecke ist. Eine Hecke, das sind keine hochwachsenden Bäume. Eine Hecke muss man pflegen. Man muss bei einer Hecke mindestens einen Drittel alle sechs Jahre "auf den Stock zurücksetzen". Das heisst, sie wird in diesem Drittel komplett zurückgeschnitten. Wenn man dies unterlässt, dann erhalten wir keine Beiträge. Und das ist genau das, was diese Motion hier fordert. Ihr müsst euch nun entscheiden ob Ihr "Fisch oder Vogel" wollt. Aber mit einem von beiden müsst Ihr Euch dann zufrieden geben.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es war nun wirklich sehr interessant zu erfahren, aus fachkundigem Munde, was bereits alles in Bezug auf die Biodiversität getan wird, was alles noch getan werden muss, was eigentlich eine Hecke ist und was Vernetzung bedeutet. All dies könnte man in dieser Umwelt- und Landschaftskommission diskutieren, die notwendigen Schlüsse daraus ziehen und dann umsetzen, anstatt darauf zu warten, dass die Verwaltung endlich irgendwelche Gesetzesartikel aufschreibt. Damit ist nämlich noch nichts erreicht. Ich finde es relativ komisch, dass das Problem nun bei der Verwaltung liegen soll. Aber die Tatsache, dass diese Kommission monatelang nie getagt hat und genau solch interessante Geschäfte nicht behandelt, das ist ein völliger Widerspruch. Ich komme zum Schluss, dass man dringend einen Auftrag erteilen muss. Entweder löst man diese Kommission auf, weil diese ja nie diskutiert, oder sie erhält den Auftrag das Konzept neu zu redigieren und die von Markus Burren erwähnten falschen Inhalte werden korrigiert. Diese neuen Inhalte müssten dann natürlich auch umgesetzt werden. Oder man sagt, dass dies alles gar nicht nötig sei und die Kommission auflöst. Das wäre auch ein möglicher Schritt. Aber in nächster Zeit muss gehandelt werden.

Markus Burren, SVP: Hier muss ich aber entgegenen, der Titel "Umwelt- und Landschaftskommission", das klingt natürlich gut. Aber wenn man dann den Teilrichtplan Ökologische Vernetzung kontrollieren will und allen Mitgliedern eine Einladung zukommen lässt und niemand erscheint, ist das nicht sehr motivierend. Wer war alles vor Ort? Ein Vertreter der Verwaltung, der Präsident der Kommission und ein Vertreter der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft. Alle anderen interessiert es nicht, auch den Vertreter der SP nicht. Schön reden, aber dann nicht zur Sitzung erscheinen. Mit Aussagen wie: Ich werde einen Sachverhalt abklären, ich bin an der Quelle. Aber die getätigten Abklärungen wurden an der entsprechenden Sitzung nicht vorgebracht. Das ist interessant. Das motiviert den Präsidenten die Arbeiten voranzutreiben und auf der Verwaltung passiert nichts. Die erwähnte Sitzung im Dezember und auch diejenige im Januar hätte stattgefunden, da aber nichts vorbereitet war, konnten diese nicht durchgeführt werden. Wenn ich einmal im Monat zur Sitzung der Finanzkommission erscheine, dann sind die notwendigen Vorbereitungen getroffen worden.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Ich möchte die Aussagen von Herrn Oesch ein wenig präzisieren. Wir haben einen Schutzzonenplan erarbeitet. In diesem Schutzzonenplan haben wir über hundert Bäume zusätzlich aufgenommen, welche bis anhin nicht geschützt waren. Wir sprechen nicht vom Abholzen von acht Eichen im Schweizerhubel. Diese Eichen stehen sehr nahe zu den angrenzenden Häusern. Wohnungen und Häuser brauchen Licht. Die Wohnhygiene ist nicht mehr gewährleistet. Von den zehn Bäumen, welche sich im Bereich des Schweizerhubels befinden, werden wir acht nicht unter Schutz stellen. Das bedeutet aber

nicht, dass diese dann sofort durch die Gemeinde gefällt werden. Es bedeutet, dass jeder Grundeigentümer, auf dessen Grundstück ein Baum steht, selber entscheiden kann, ob er den Baum fällen oder stehen lassen will. Das ist der präzise Wortlaut und nicht, dass im Schweizerhubel vorneweg alle Bäume abgeholzt werden. Ich möchte, dass Ihr dies zur Kenntnis nehmt.

Präsident: Ich werde noch Herrn Oesch das Wort erteilen. Anschliessend werden wir über die Erheblichkeit des Vorstosses befinden.

Toni Oesch, FdU: Man sieht nun wie das Ganze abläuft. Als Argument wird das ganztägige Licht ins Feld geführt. Dabei stehen die Eichen auf der Morgensonnen - Seite. Es gibt aber dann noch die Mittags- und Abendsonne. Man muss sicher nicht den ganzen Tag das Licht einschalten. Es werden hier einfach die Tatsachen verdreht.

Präsident: Werden in Bezug auf die Erheblicherklärung des Vorstosses von Bruno Vanoni irgendwelche Wortbegehren gestellt?

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte nicht mit Schuldzuweisungen, wer was verpasst hat oder nicht gemacht hat, fortfahren. Ich habe aus der Debatte herausgehört, dass von allen Seiten der Wille bekundet wurde, dass mit dem Umweltkonzept und der Umwelt- und Landschaftskommission die nächsten Schritte an die Hand genommen werden. Das ist für mich nebst allen den Zwischentönen, welche man bei dieser Debatte heraushören konnte, ein sehr positives Fazit. Ich möchte noch etwas zu einem Missverständnis ausführen. Markus Burren hat einige Anspielungen von sich gegeben, auf welche ich hier jetzt nicht eingehen möchte. In Bezug auf die ökologische Vernetzung ist mir wichtig, offenbar habe ich mich nicht klar ausgedrückt, dass dies ein sehr gutes Projekt ist. Wir von der GFL haben dieses Projekt letztes Jahr bei einem ökologischen Abendspaziergang kennen gelernt. Der Bericht, welcher mir Markus Burren überreicht hat, haben wir im Vorfeld an diese Begehung bereits gelesen und studiert. Ich kenne im Übrigen auch den Faltprospekt, welcher schweizweit im Umlauf ist. Ein Glück für Markus Burren, dass ich diesen nicht dabei habe, denn es sind darin auch einige kritische Bemerkungen bezüglich des Rückhalts dieses Projektes in der Gemeinde enthalten. Aber ich möchte nicht mehr weiter ausholen. Ich war ein Bauernjunge und bin auf einem Kleinbauernhof aufgewachsen. Ich kann daher die Probleme, welche die Landwirtschaft, verursacht durch die vielen Auflagen hat, verstehen. Bei der erwähnten letztjährigen Begehung waren Bauern wie Klaus Jost und Markus Burren, wie auch Konsumenten, Stadtmenschen sozusagen, dabei. Am Abend kam man zum Schluss, dass ökologische Vernetzung, die Pflege der Landschaft, nicht nur eine Sache der Bauern ist sondern, dass dies alle betrifft. Deshalb war mein Hinweis auf den Prospekt so zu verstehen, dass man mit dieses sehr gute Projekt unbedingt weiterführen soll. Aber es ist auch wichtig, dass man in den anderen Gebieten der Gemeinde, auch im Siedlungsraum diesbezüglich etwas unternimmt. Man kann auch aus dem ödesten Plätzchen einen guten Standort im Hinblick auf die Biodiversität machen. Das wollte ich noch zur Sache sagen. Nun zum rechtlichen Aspekt. Ich bin nach wie vor nicht überzeugt, dass diese Motion nicht zulässig sein soll. Ich bin aber bereit, da ich den Rückhalt aus allen Fraktionen gehört habe, meine Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ich möchte aber zu Protokoll geben und festhalten, dass ich diese Umwandlung nicht mache weil ich mit den rechtlichen Einwänden des Gemeinderates einverstanden bin. Ich fände es gut, wenn das Büro des GGR oder allenfalls eine andere Instanz klären würde, wer über Streitigkeiten bezüglich der Zuständigkeiten entscheidet. Im Moment ist ja noch das Geschäft bezüglich der "Unechten Motionen" hängig. Die heutige Fragestellung könnte allenfalls mit diesem Geschäft verbunden und geklärt werden. In diesem Sinn bin ich mit einer Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Präsident: Wir haben es gehört, die Umwandlung der Motion in ein Postulat findet statt. Ich möchte nun zur Abstimmung schreiten.

Abstimmung:

Das Postulat Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend 10 Jahre Umweltkonzept: Bilanz ziehen und zukunftsweisend aktualisieren wird grossmehrheitlich erheblich erklärt.

31 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Motion Peter Bähler und Mitunterzeichnende betreffend eine zentrale Bibliothek für alle in Zollikofen; Erheblicherklärung

Präsident: Die schriftliche Stellungnahme des Gemeinderates liegt vor. Der Motionär hat das Wort.

Peter Bähler, SVP: Herr Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Eine Bibliothek für alle. Was will diese Motion? Der Gemeinderat wird beauftragt dem Grossen Gemeinderat einen Vorschlag zu unterbreiten um die Gemeindebibliothek und die Schulbibliotheken zusammenzulegen. Damit könnten alle Leserinnen und Leser ein breites Angebot mit längeren Öffnungszeiten nutzen. Als minimale Lösung könnte man auch ein zentrale Führung von beiden Bibliotheken prüfen. Nicht mehr und nicht weniger ist gefordert. Die Begründung und die Vorteile sind im Text der Motion aufgeführt. Ich werde diese nicht wiederholen. Ich möchte betonen, dass es sich hier nicht um eine Sparvorlage handelt. Wir wollen die vorhandenen finanziellen Mittel effizient nutzen und für alle einsetzen. Besonders zu erwähnen ist, dass die Gemeinde für die Gemeindebibliothek im Märitgasse - Areal einen Mietzins bezahlt, zu welchem man bei den heutigen Hypothekarzinsen rund eine Million verzinsen könnte. Ehrlich gesagt, gefällt euch diese Lokalität? Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort zu unserer Motion. Obschon er gegen den heutigen Standort nichts einzuwenden hat, lehnt er die Motion trotzdem ab. Die Begründung, dass der Gemeinderat die Zusammenlegung der Bibliotheken seit dem Februar 2008 nicht weiterverfolgen will, als Ergebnis des runden Tisches, hat er selber entschieden. In der Zwischenzeit haben sich gewisse Faktoren geändert. Es steht eine Pensionierung an und man kann ruhig über eine Neuausrichtung diskutieren. Das in Zollikofen für die Bibliotheken zwei verschiedene Departemente zuständig sind, leuchtet mir nicht ein. Hier sehe ich Doppelspurigkeiten, welche sogar auf Verwaltungsebene gefahren werden. Schliesslich haben wir auch nur eine Wasserversorgung und nicht zwei. Die Gemeindebibliothek und die Arbeitsbibliothek im Türmli, sind in der Bevölkerung beziehungsweise in der Schule sehr gut verankert. Besonders die Bibliothek der Schule hat einen sehr guten Stand, was ganz klar dem Bibliothekar zu verdanken ist. Ich möchte ihm hier an dieser Stelle einen Dank aussprechen. Doch diese Bibliothek dient nur der Schule. Die Gemeindebibliothek steht heute allen offen und wird ebenfalls sehr gut geführt. Beide Institutionen sind aber nur, je nach ihrem Angebot, geöffnet. Die Schulbibliothek ist während den Schulferien geschlossen. Gerade in dieser Zeit hätten die Kinder Zeit zum Lesen. Die Räume über welche die Schulbibliothek heute verfügt, befinden sich im Schulhaus Türmli. Wir alle kennen die Platzsituation der Tagesschule im gleichen Gebäude. Da könnten allenfalls in Zukunft auch Spielräume nötig werden. Wenn man in der Arbeitsbibliothek mit einer ganzen Schulklasse arbeiten will, ist ein konzentriertes Arbeiten, würde ich sagen, nur begrenzt möglich. In keiner der beiden Bibliotheken kann man eine öffentliche Lesung in einem gemütlichen Rahmen durchführen. Noch etwas: Leseförderung endet nicht mit dem Abschluss der obligatorischen Schulzeit. Es wäre gut, wenn man weiterlesen würde. Die Standortfrage wird meines Erachtens in der Antwort des Gemeinderates

übergewichtet. Egal wo sich der Standort einer Bibliothek befindet, mindestens zwei Schulhäuser sind immer weit davon entfernt. Die Sekundarschule, welche direkt gegenüber der Bibliothek des Türmli - Schulhauses gelegen ist, nützt diese verhältnismässig wenig. Die Gründe dazu sind mir nicht bekannt. Ich habe dies dem Interview von Herrn Ramseier und der Stellungnahme der Sekundarschule Zollikofen entnommen. Daraus konnte man ausserdem entnehmen, dass die Sekundarschule auch noch eine kleine Bibliothek, ausgestattet mit Klassensätzen von Büchern, führt. "Zollikofen liest ein Buch", dieses Projekt war ein voller Erfolg. Die Kulturkommission konnte dieses Projekt mit wenig Geld realisieren. Eigentlich sollte es jetzt als Fortsetzung heissen: "Zollikofen liest viele Bücher". Dann müsste man jetzt auch das Angebot bereitstellen. Wir glauben, mit einer Bibliothek an einem zentralen Standort, mit zusammengelegten längeren Öffnungszeiten ist eine gute Sache. Ich weiss, der Knackpunkt ist die Räumlichkeiten zu finden. Eine Chance beim Neubau der KITA haben wir verpasst. Diese musste ja unbedingt am bisherigen Standort realisiert werden. Doch neue Chancen kommen bestimmt. Eines unserer Mitglieder hatte die Idee, dass bei der Aula, ein Anbau in Leichtbauweise im Minergie - Standard ausgeführt werden könnte. Dann könnte man gleich auch noch die Küche und die WC Anlagen mitbenützen. Für eine allfällige Lesung wäre die Aula sehr gut geeignet. Es würde ein richtiges Zentrum für Buchbildung und Kultur entstehen. Es ist eine Vision, das ist mir klar. Aber dieses Projekt hat Potential. Ich bitte Euch, die Motion als erheblich zu erklären und so die Weichen für eine grosse Bibliothek, für einen Treffpunkt der Generationen, für ein Zentrum des Buches und für eine Bibliothek für alle, dies wird sogar im Leitbild der Gemeinde aufgeführt, zu stellen.

Präsident: Wünscht der Gemeinderat ergänzende Bemerkungen anzubringen?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Ich muss wieder nach vorne treten, da die zwei zuständigen Gemeinderäte krankheitshalber und beruflich nicht anwesend sind. Ich möchte nicht wiederholen was im Papier ausgeführt wird. Aber das dem Problem eines geeigneten Raumes viel Gewicht beigemessen wurde, das stimmt zum Teil. Aber nur aus dem Grund, weil wir über keinen geeigneten Raum verfügen. Ich habe diesbezüglich noch einen letzten Versuch unternommen. Auf der Häberlimatte im Bereich der Post, werden in nächster Zeit 3 Mehrfamilienhäuser erstellt. Ich bin mit den Investoren dieses Projektes zusammengekommen und habe gefragt, ob es nicht möglich wäre, das Untergeschoss für eine Bibliothek zu nutzen. Mein Vorschlag wurde leider abgelehnt, da eine Bibliothek nicht in das vorgesehene Konzept passt. Somit hat sich auch diese Chance zerschlagen. Das Raumproblem ist nebst dem finanziellen Aspekt das grösste Problem bei diesem Vorhaben. Aus diesem Grund bitte ich Euch die Motion abzulehnen.

Präsident: Das Wort ist offen für die allgemeine Diskussion.

Maya Weber, SP: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es wurde bereits sehr viel gesagt. Grosse Teile davon kann die SP auch unterstützen. Wir werden die Motion als nicht erheblich erklären. Gerade wegen dem bereits erwähnten Raumproblem. Wo will man einen allfälligen Neubau realisieren? Oder können wir die Zivilschutzanlage dafür nutzen? Wo sollte ein allfälliger Raum zu stehen kommen? Dieser sollte sich ja an einem möglichst zentralen Standort befinden. Existiert im Zentrum von Zollikofen überhaupt noch genügend Raum für eine solche Lokalität? Wie steht es denn um die angeblichen Einsparungen, welche vielleicht dennoch anfallen könnten? Diesbezüglich möchten die Bürgerlichen sich noch ein Hintertürchen offen halten. Braucht es bei mehr Ressourcen, längeren Öffnungszeiten, mehr Raum überhaupt noch eine Angliederung an die Kornhausbibliothek? Das Zielpublikum einer öffentlichen und einer Informationsbibliothek ist nicht ganz das Gleiche. Die beiden Bibliotheken könnten sich aber ergänzen und das wäre sicher sehr verlockend. Die SP

vertritt aber die Meinung, dass die heutige Situation beibehalten wird und dass dieses Geschäft allenfalls in einigen Jahren wieder zur Sprache kommt. In einigen Jahren heisst: Vielleicht wäre eine Etage des Betagtenheims, um dieses wieder einmal ins Spiel zu bringen, für dieses Projekt gar nicht so schlecht.

Marceline Stettler, GFL: Geschätzte Damen und Herren. Ressourcen zusammenlegen und gemeinsam nutzen. Oder etwas zeitgemässer ausgedrückt: Synergien nutzen. Wer will das heute nicht? Die GFL unterstützt die Motion, welche den Gemeinderat beauftragt wenigstens einen Vorschlag für eine zentrale Bibliothek vorzulegen. Zumindest einen Vorschlag hätte dieses Anliegen verdient. Wir stellen uns einen Vorschlag vor, welcher mit den Direktbetroffenen zusammen erarbeitet würde. Wir kennen zwar jetzt die Sichtweise der Verwaltung und des Gemeinderates. Aber die Meinungen der Benutzerinnen und Benutzer, der Leitung der Bibliotheken oder der Lehrkräfte sind mit keinem Wort erwähnt worden. Gerade die Erfahrungen dieser Gruppen wäre sehr wichtig für diesen Entscheid. Man kann lesen, dass die Arbeitsbibliothek das Informationszentrum für Schülerinnen und Schüler sowie für die Lehrerschaft der Primar- und Sekundarstufe sei. Also muss die Arbeitsbibliothek vielen Ansprüchen gerecht werden. In der August - Sitzung vom letzten Jahr haben wir bereits einmal über die Arbeitsbibliothek gesprochen. Dieser Vorstoss ist zurzeit noch hängig. Das Thema bezog sich auf Entschädigungen. Wie wir heute wissen, wird die Arbeitsbibliothek von den beiden Schulhäusern, Geisshubel und Steinibach, nicht benützt, da diese zu weit entfernt sind und dadurch zu viel Zeit verlieren. Die Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler hätten nicht weit, diese zählen sich selber bereits zu den Erwachsenen und benützen daher fast ausnahmslos die Gemeindebibliothek. Folglich verbleiben 16 Schulklassen, welche die Arbeitsbibliothek nutzen. In der Stellungnahme heisst es: Leseförderung beziehungsweise Informationszentrum für alle. Könnte es nicht sein, dass eine andere Form dieses Angebots dem Grundsatz "für alle" besser gerecht werden könnte? Im Weiteren vermissen wir die Meinung der Direktbetroffenen. Sind die Lehrkräfte auch der Meinung, dass es unbedingt eine eigene Leitung oder eigene abschliessbare Räume braucht? Oder ist dies eher die Sichtweise der Verwaltung? Ganz zentral ist auch die Rolle der Kornhausbibliothek. Bietet sie überhaupt Hand für eine Zentralisierung? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Der kniffligste Punkt aber stellt ein geeigneter Raum dar. Diesen können wir nicht einfach aus dem Ärmel schütteln. Bis vor zwei, drei Minuten war ich noch der Meinung, dass sich allenfalls im Rahmen der Überbauung Häberlimatte eine Möglichkeit ergeben könnte. Aber nun wissen wir, dass dies dort nicht möglich ist. An eine allfällige Nutzung des Betagtenheims habe ich auch schon gedacht. Aber ich dachte, dass ich das hier nicht erwähnen werde. Ich habe diese Woche mit einer Lehrerin, welche eine dritte Klasse im Zentralschulhaus unterrichtet, gesprochen und diese gefragt, wie sie die Situation beurteilt. Sie sagte, dass sie mit ihren Kindern die Arbeitsbibliothek benützt. Bis jedoch alle Kinder die ausgeliehenen Bücher zurückgegeben und neue Bücher ausgewählt haben, sei die Stunde zu Ende. In der Arbeitsbibliothek arbeiten würden sie höchst selten. Sie äusserte auch die Ansicht, dass zumindest Lehrkräfte der Unterstufe die Bibliothek selten zum Arbeiten im eigentlichen Sinne benützen würden. Wie ihr erkennen könnt, gibt es in dieser Angelegenheit noch viele offene Fragen. Es existieren noch zu viele Punkte, welche noch nicht berücksichtigt wurden. Mit dem heutigen Wissensstand kann man nicht mit gutem Gewissen eine zukunftsorientierte Entscheidung fällen, welche schlussendlich für alle annehmbar sein sollte. Darum sind wir der Meinung, dass es einen Vorschlag braucht, damit wir über mehr Klarheit und eine bessere Entscheidungsgrundlage verfügen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen?

Johanna Thomann, FDP: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Die Motion der SVP ist verlockend. Der Traum einer geräumigen Bibliothek, in welcher Jung und Alt fast Tag und Nacht ein- und ausgehen, ist verlockend. In einer Bibliothek,

in welcher es möglich ist, dass der Rentner in den Büchern schmökern und Zeitung lesen und den Schülern bei der Arbeit zuschauen kann. In einer Bibliothek in welcher konzentrierte Ruhe herrscht und interessante Begegnungen stattfinden und das gegenseitige Verständnis wächst. Aus jedem Traum wacht man eines Tages auf und findet sich in der realen Welt wieder. In Zollikofen sind weit und breit keinen geeigneten Räume für eine solche Bibliothek zu finden. Die Umsicht unserer Altvorderen, unseres Gemeinderates, das Know-how der Leitenden der Bibliotheken und die über die Jahrzehnte gewachsenen Erfahrungen haben die zwei Bibliotheken zu dem werden lassen was sie heute sind. Wir sind stolz, dass wir über diese beiden Bibliotheken verfügen und dass diese die Bedürfnisse des unterschiedlichen Zielpublikums erfüllen. Man müsste weit suchen, um eine geeignete Person zu finden, welche fähig wäre die beiden unterschiedlichen Bibliotheken in Personalunion zu leiten. Würde man die Zusammenlegung dieser Bibliotheken jetzt, unter eine Leitung und in einen Raum zwingen, würde aus diesem schönen Traum schnell ein Alptraum erwachsen. Die FDP lehnt deshalb die Motion ab, möchte sich aber einer Vision nicht verschliessen und könnte deshalb einem Postulat zustimmen.

Adelheid Pfyl-Blättler, CVP: Werter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Bei der Debatte um die Entschädigung der Bibliotheksleitung habe ich damals im Namen der CVP Fraktion gefordert, dass man eine Zusammenlegung auch prüfen müsste. Das war aber die Meinung der Fraktion und nicht meine persönliche Meinung. Deshalb erlaube ich mir hier ein persönliches Votum abzugeben. Ich habe auch mit einer Lehrerin gesprochen, diese unterrichtet im Wahlackerschulhaus. Sie hat mir mitgeteilt, dass Sie mit ihrer Klasse jeweils im Fach Deutsch die Arbeitsbibliothek aufsucht. Weil das Wahlackerschulhaus über keinen Medienraum verfügt, benützt sie statt dessen die Arbeitsbibliothek. Es existiert dort scheinbar ein Besucherbuch, in welches man sich eintragen muss. Sie hat mir gesagt, dass die Lehrer des Wahlackerschulhauses regelmässig die Arbeitsbibliothek aufsuchen. Man weiss natürlich nicht, was genau sie in der Arbeitsbibliothek machen. Sollte nun die Bibliothek, in weiter entfernte Räume umgesiedelt werden, wäre es für sie ein zu grosser Aufwand dorthin zu gelangen. Somit würde der Bibliotheksbesuch dahinfliegen. Ähnlich wird es wohl den Lehrerinnen und Lehrern vom Geisshubel- und Steinibachschulhaus ergehen, da es doch ein erheblicher Zeitaufwand ist, die Bibliothek aufzusuchen. Ich persönlich bin der Meinung, dass eine Schulbibliothek auf das Schulareal gehört. Das würde meiner Ansicht nach bedeuten, dass die Gemeindebibliothek auf das Schulareal umgesiedelt werden müsste. Aber hier kommt wieder das Problem der Räumlichkeiten zum Tragen. Ich habe heute mit Frau Karlen von der Bibliothek gesprochen und auch Sie war der Meinung, dass eine Zusammenlegung der Bibliotheken eine sehr gute Sache wäre. Aber auch Sie hat das Problem der Räumlichkeiten angesprochen und sieht zurzeit keine Möglichkeit dieses Projekt zu realisieren. Ich persönlich werde diese Motion ablehnen. Es wäre eine schöne Vision aber für mich persönlich unrealistisch.

Präsident: Wer möchte sich noch zu Wort melden?

Toni Oesch, FdU: Es wurde von den Altvorderen gesprochen. Ich war damals in der Finanzkommission als man die Gemeindebibliothek gegründet und eingerichtet hat. Ein ehemaliger Sekundarlehrer hat uns eine sehr gute Vorgabe auferlegt. Er arbeitet im Monbijou in Bern und nimmt dort Antiquariatsbücher entgegen. Er hat uns vor der Zusammenlegung der verschiedenen Schulen gewarnt. Es gibt heute tatsächlich verschiedene Bibliotheken, weil er damals vor einer Zusammenlegung gewarnt hat. Dies ist mein einziges Votum abgesehen von den Räumlichkeiten. Ich glaube es ist wichtig, dass die Schulbibliothek in der Schule bleibt und das andere hat sich mit dem Bau des Ziegeleimarktes ergeben. Es war damals ein Glücksfall, dass man diese Räume beziehen konnte. Ich habe gerade am Vortag beobachtet, wie ein Lieferwagen der Kornhausbibliothek Bücher angeliefert hat. Heute ist dies sehr praktisch. Wo würde man ei-

ne solch gute Situation wieder finden? Die Gemeindebibliothek befindet sich ja auch fast im Zentrum. Die Lehrer und Schüler des Steinibach- und Geisshubelschulhauses werden oft vernachlässigt. Der Standort der Gemeindebibliothek hat sich bewährt. Wenn man einkaufen muss, kann man sich anschliessend in der Gemeindebibliothek noch mit "geistiger Nahrung" versorgen.

Markus Burren, SVP: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es ist erwähnt worden, dass die Bibliothek des Geisshubelschulhauses nicht sehr stark frequentiert wird. Dem muss ich widersprechen. Mein Sohn besucht die dritte Klasse und dieser hat am Mittag bereits mehrmals von Besuchen in der Schulbibliothek berichtet. Es hängt auch vom Lehrer und nicht nur vom Standort ab, welche Bibliothek besucht wird.

Martin Kocher, SP: Her Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe eine Frage. Wenn ich den Motionstext lese, dann steht dort: "Es ist ein Vorschlag für die Zusammenlegung der Gemeindebibliothek und der Schulbibliotheken vorzulegen", es gibt ja bekanntlich zwei Schulbibliotheken, nämlich diejenige im Zentrumschulhaus und diejenige im Steinibachschulhaus. Ich möchte nun wissen, ob es darauf abzielt, dass auch die Bibliothek im Schulhaus Steinibach geschlossen wird? Dies ist eine Frage an Peter Bähler.

Präsident: Weitere Wortmeldungen? Ist nicht der Fall. Kann Peter Bähler nun noch die Interpretation seinen Vorstosses abgeben.

Peter Bähler, SVP: Ich beginne gleich von hinten. Soweit ich informiert bin, ist die Bibliothek im Steinibach auf das Segment der Unterstufe ausgerichtet und auch relativ klein und nicht vernetzt. Auch die Sekundarschule betreibt noch eine eigene Bibliothek. Diese kann man im Prinzip bestehen lassen. Es handelt sich hierbei um ein sehr beschränktes Angebot. Es gibt aber dennoch einen ersten Input, da die Schüler dort ein Buch ausleihen können, auch wenn es sich vielleicht nur um ein Bilderbuch handelt. Es schafft aber bereits einen ersten Bezug zum Buch, welcher in meinen Augen wichtig ist. Das ist nicht ein Detail, welches wir lösen müssen. Es geht vor allem darum die grossen Bibliotheken zusammenzufassen. Dort entstehen die Kosten und dort können auch allfällige Synergien genutzt werden. Es wäre also nicht das Ziel die Bibliothek im Steinibachschulhaus aufzulösen. Aber dass die Sekundarschule, welche sich gegenüber der Arbeitsbibliothek befindet, noch eine eigene Bibliothek führt, gab mir schon ein wenig zu denken. Ich danke dem Gemeindepräsidenten für seine Bemühungen um einen entsprechenden Raum. Auch wenn man diesbezüglich keinen Erfolg hatte. Man bekommt nicht immer das was man will. Die Raumfrage ist zentral. Das ist mir bewusst. Ich bin aus diesem Grund bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, damit der Druck, welche eine Motion erzeugt, etwas gemildert wird. Somit kann man eine entsprechende Antwort gut planen und sauber formulieren.

Präsident: Wir haben es gehört, die Motion ist in ein Postulat umgewandelt worden. Wenn nun das Wort nicht mehr ergriffen wird, würde ich zur Abstimmung schreiten.

Abstimmung:

Das Postulat Peter Bähler und Mitunterzeichnende betreffend eine zentrale Bibliothek für alle in Zollikofen wird mehrheitlich erheblich erklärt.

32 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Interpellation Peter Traber betreffend Schwarzarbeit in Zollikofen; Antwort

Präsident: Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Wünscht der Gemeinderat noch ergänzende Bemerkungen dazu? Das ist nicht der Fall. Der Interpellant hat die Möglichkeit sich kurz zu äussern.

Peter Traber, SP: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung. Ich bin mit seiner Antwort nur teilweise befriedigt. Ich nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, dass sich der Gemeinderat für den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausspricht und dass die Gemeindeverwaltung sämtliche Bemühungen unternimmt um Schwarzarbeit zu verhindern. Es überrascht mich aber, wenn der Gemeinderat festhält, dass das vorliegende Geschäft keinen direkten Bezug zum Leitbild aufweist. Wenn ich dieses Leitbild oder Schwerpunktprogramm durchlese, komme ich zum Schluss, dass sehr wohl ein Bezug hergestellt werden kann. Ich mache eine Beispielaussage aus dem Leitbild: "Zollikofen ist ein Vorzeigeort des nachhaltig gestalteten Lebens- und Wirtschaftsraumes Bern". Oder Aussagen aus dem Programm der politischen Stossrichtung, welche künftig mit besonderem Nachdruck verfolgt werden sollen: "Wir erhalten Wirtschaft und Finanzen gesund - stets zum Wohle aller". Wenn man diese Aussagen ernst nimmt, gehört zur Umsetzung auch dazu, dass man sich mit dem Thema Schwarzarbeit befasst. Ich denke hier kann man sich als Gemeinde nicht einfach ausklinken. Zu der Interpellation selber. Erfreulich ist, dass bei den vorgenommenen Kontrollen kein Verstoss gegen das Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit festgestellt worden ist. Ich verweise auf die Auswertung, welche für das erste Umsetzungsjahr 2008 erstellt worden ist. Man hat hierzu schweizweit 9'000 Kontrollen durchgeführt. Bei knapp der Hälfte hat man Schwarzarbeit vermutet und bei rund 1'300 davon sind Sanktionen in Rechtskraft erwachsen. Leider ist bei der vorliegenden Interpellation die Frage: "Wie viele Kontrollen wurden auf dem Gebiet der Gemeinde Zollikofen vorgenommen? Wie viele Firmen mit wie vielen Arbeitnehmenden waren betroffen?", aus meiner Sicht nicht vollständig und unklar beantwortet worden. Die Frage zu der Zahl der Arbeitnehmenden der untersuchten Firmen ist nicht beantwortet. Die Antwort: "Dabei wurden 3 Arbeitstätten und 3 Personen kontrolliert.", ist für mich nicht ganz verständlich. Ich bitte daher den Gemeinderat zu diesen zwei Punkten noch die klärenden Informationen nachzuliefern.

Um 21.21 Uhr verlassen Roland Stucki und Thomas Winkler die Verhandlungen

Präsident: **Dann stelle ich fest, dass die Interpellation erledigt ist.**

33 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Einfache Anfrage Elisabeth Aebi-Lehmann, SVP, betreffend "teilweise Aufhebung der Ausnützungsziffer"; Antwort

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. **Damit ist diese einfache Anfrage erledigt.**

Am 24. Februar 2010 hat Elisabeth Aebi-Lehmann, im GGR folgende einfache Anfrage eingereicht:

"Das Mitwirkungsverfahren betreffend die teilweise Aufhebung der Ausnützungsziffer ist seit August 2009 abgeschlossen. Über das Ergebnis ist bislang nicht zu vernehmen gewesen. Ich unterbreite deshalb, dem Gemeinderat folgende einfache Anfrage:

1. *Ist das Mitwirkungsverfahren ausgewertet und ist es möglich in den Bericht Einsicht zu nehmen?*
2. *Kann der Gemeinderat zusammenfassend über das Ergebnis des Mitwirkungsverfahrens orientieren?*
3. *Wie sieht der Gemeinderat das weitere Vorgehen? Wann ist mit einem Antrag an das Parlament zu rechnen?"*

Antwort

Frage 1

Das Mitwirkungsverfahren wurde ausgewertet und der Mitwirkungsbericht vom Gemeinderat am 14. Dezember 2009 zu Händen der Vorprüfung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) genehmigt. Der Bericht wird bei der öffentlichen Auflage (bereits erfolgt) veröffentlicht.

Frage 2

Acht Parteien und Verbände sowie 7 private Einzelpersonen machten eine Mitwirkungseingabe. Die Eingaben sind im Mitwirkungsbericht vom 24. September 2009 zusammengefasst. Die grundsätzlichen Überlegungen zur Ausnützungsziffer liegen zum Teil diametral auseinander. Mehrheitlich abgelehnt wird die Reduktion der Ausnützungsziffer (AZ) gegenüber der heutigen Regelung in den "empfindlichen Gebieten", dies vor allem auch von den direkt betroffenen Grundeigentümern.

Frage 3

Auf Grund der Mitwirkungseingaben wurde die Vorlage dahingehend angepasst, dass die AZ auch in den als "empfindlich" geltenden Gebieten (gemäss Mitwirkungsvorlage) aufgehoben wird. Im Gebiet Augsburgstrasse - Kilchbergerweg bleibt eine AZ von 0,35 bestehen (gemäss geltendem Zonenplan).

Diese abgeänderte Vorlage wurde vom AGR der Vorprüfung unterzogen und mit Schreiben vom 3. März 2010 wird die Genehmigung in Aussicht gestellt.

Die öffentliche Auflage der Baureglementsänderung wurde bereits publiziert und findet vom 18. März bis 16. April 2010 statt. Dem Parlament wird voraussichtlich im September oder Oktober 2010 der Antrag zur Beschlussfassung gestellt. Anschliessend muss die Änderung vom AGR genehmigt werden.

34 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Einfache Anfrage Elisabeth Aebi-Lehmann betreffend Baustelle "Lehnenviadukt Aarestrasse / Reichenbachstrasse"; Antwort

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. **Damit ist diese einfache Anfrage erledigt.**

Am 24. Februar 2010 hat Elisabeth Aebi-Lehmann folgende Einfache Anfrage eingereicht:

"Seit Monaten besteht die Baustelle zur Sanierung des Lehnenviadukts, gearbeitet wurde jedoch in den letzten Wochen überhaupt nicht oder nur sporadisch. Vom überdimensional abgesperrten Raum wird nur wenig Platz für Geräte und Material belegt.

Die eigentliche Baustelle misst schätzungsweise 95 m, abgesperrt mit Ampeln ist hingegen eine Strecke von gut und gerne 250 m. Erst dieser Tage ist wieder Bewegung in Baumaschinenmuseum und die Materialausstellung gekommen, ohne dass aber der abgesperrte Strassenbereich, namentlich das unbenutzbare Trottoir wesentlich beansprucht wird.

Meine Fragen an den Gemeinderat lauten:

- 1. Wann ist mit dem Abschluss der Bauarbeiten zu rechnen?*
- 2. Kann der Absperrbereich mit Ampelregelung zur Verkürzung der Wartezeiten und zur Entlastung der Verzweigungen Tannenrain und Aarmettweg mit haltenden Autos nicht um ca. 100 m verkleinert werden?*
- 3. Können nachts und über das Wochenende die Ampeln nicht ausgeschaltet und durch eine Signalisierung der Kreuzungsvorfahrt à la Neubrücke ersetzt werden?"*

Antwort

Frage 1

Die Arbeiten sollten am 30. April 2010 abgeschlossen sein und die Ampel ab dem 1. April 2010 ausser Betrieb genommen werden. Ab 6. April 2010 wird das Sanierungsprojekt Reichenbachstrasse umgesetzt und die Strasse für ca. 1 ¼ Jahre für den Durchgangsverkehr gesperrt.

Frage 2

Die Regelung wurde mit der Polizei und dem Regionalverkehr Bern Solothurn RBS besprochen und auf die Länge bestimmt, auf welcher der betriebliche Ablauf des RBS am geringsten gestört wird und die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer gewährleistet ist.

Frage 3

Im Vergleich zur Neubrücke besteht die seitliche Einmündung der Reichenbachstrasse. Sämtliche Vorgaben werden durch die Polizei vorgeschrieben.

35 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Dringliche Interpellation Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend Folgen der kantonalen Steuergesetz-Revision für die Gemeindefinanzen; Antwort

"In der laufenden Märzsession berät der Grosse Rat des Kantons Bern eine Revision des Steuergesetzes. Die Anträge der vorberatenden Kommission bedeuten für den Kanton jährliche Mindereinnahmen von 257 Millionen Franken. Hinzu kommen Mindereinnahmen der Gemeinden in der Höhe von 135 Millionen Franken. Verschiedene Gemeindepräsidenten haben am 8. März auf die gravierenden Folgen für ihre Gemeindefinanzen aufmerksam gemacht und öffentlich gegen die Kommissionsanträge Stellung genommen.

Gemäss Berechnungen des Verbandes der bernischen Finanzverwalter, der vom Zollikofner Finanzverwalter Daniel Bichsel präsiert wird, hätten die Kommissionsanträge für die Gemeinde Zollikofen jährliche Mindereinnahmen von 1,27 Millionen Franken zur Folge. Aus den gleichen Unterlagen geht hervor, dass der Finanzplan der Gemeinde Zollikofen für die nächsten Jahre (unabhängig von der Steuergesetz-Revision) mit jährlichen Defiziten zwischen 1,9 und 2,3 Millionen Franken rechnet. Diese Fehlbeträge würden durch die Steuergesetz-Revision noch erhöht - gemäss Kommissionsanträge auf jährlich bis zu 3,5 Millionen Franken.

Der Gemeinderat wird deshalb um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Auswirkungen hat die beantragte Steuergesetz-Revision auf die Gemeindefinanzen von Zollikofen? Kann der Gemeinderat die erwähnten Auswirkungen bei einer Annahme der Kommissionsanträge bestätigen? Welche Auswirkungen hätte die Revision, wenn sie gemäss Vorschlag des Regierungsrates beschlossen wird?
2. Warum war die Gemeinde Zollikofen nicht vertreten, als verschiedene Gemeindepräsidenten öffentlich gegen die Kommissionsanträge angetreten sind? Ist der Gemeinderat bereit, sich der ablehnenden Stellungnahme anderer Gemeindebehörden anzuschliessen?
3. Welche Massnahmen zieht der Gemeinderat in Betracht, um die wegen der Steuergesetz-Revision drohenden Mindereinnahme auszugleichen? Kann er ausschliessen, dass wegen der Steuersenkung auf Kantonsebene eine Steuererhöhung auf Gemeindeebene nötig werden könnte?"

Antwort

Frage 1a: *(Welche Auswirkungen hat die beantragte Steuergesetz-Revision auf die Gemeindefinanzen von Zollikofen?):*

Es ist mit Mindererträgen ab dem Steuerjahr 2011 und je nach Variante verstärkt ab dem Steuerjahr 2012 zu rechnen. Die jährlichen Mindererträge betragen:

– Regierungsvariante	0,52 Mio. Franken (35 % StAZ)
– Kommission Hauptantrag	1,27 Mio. Franken (85 % StAZ)
– Kommission Eventualantrag	0,62 Mio. Franken (42 % StAZ)
– Kompromissvariante 12.3.2010	0,99 Mio. Franken (66 % StAZ)

Frage 1b: *(Kann der Gemeinderat die erwähnten Auswirkungen bei einer Annahme der Kommissionsanträge bestätigen?)*

Wie immer bei Steuergesetzrevisionen ist es schwierig, die Auswirkungen auf die einzelnen Gemeinden ganz genau zu berechnen. Da die Gemeinde Zollikofen eine einigermassen ausgewogene Steuerstruktur hat, treffen die im Voraus berechneten Ausfälle jeweils ziemlich genau zu. Der Gemeinderat kann demnach die erwarteten und oben dargestellten Auswirkungen grundsätzlich bestätigen und hat keine Veranlassung diese in Zweifel zu ziehen.

Frage 1c: *(Welche Auswirkungen hätte die Revision, wenn sie gemäss Vorschlag des Regierungsrates beschlossen wird?)*

Die Mindererträge würden bei dieser Variante am geringsten ausfallen und hätten demnach die kleinsten finanziellen Folgen für den kommunalen Finanzhaushalt. Es wird mit Mindererträgen von jährlich 0,52 Mio. Franken gerechnet (ab Steuerjahr 2011).

Frage 2a: *(Warum war die Gemeinde Zollikofen nicht vertreten, als verschiedene Gemeindepräsidenten öffentlich gegen die Kommissionsanträge aufgetreten sind?)*

Bei dem erwähnten Anlass hat es sich um eine Medienkonferenz der "Region Aaretal", unter der Initiative des Gemeindepräsidenten von Wichtrach gehandelt. Nebst den Regionsgemeinden wurden auch Stadtpräsident von Bern und Gemeindepräsidenten einzelner angefragter Agglomerationsgemeinden beigezogen. Die Gemeinde Zollikofen

wurde nicht angefragt und hat aus den Medien von diesem Anlass und dem Teilnehmerkreis Kenntnis erhalten.

In diesem Zusammenhang legt der Gemeinderat Wert auf die Feststellung, dass die Gemeinde Zollikofen beziehungsweise der Finanzverwalter durchaus ihren Beitrag zur Abdämpfung allzu grosser Ertragsausfälle dieser Steuergesetzrevision geleistet haben. So ist u.a. der Finanzverwalter von Zollikofen an einem Treffen vom 9. März 2010 mit den amtierenden Grossräten aus dem Gebiet der Regionalkonferenz Bern-Mittelland beigezogen worden, um die Auswirkungen aus Expertensicht darzulegen.

Frage 2b: *(Ist der Gemeinderat bereit, sich der ablehnenden Stellungnahme anderer Gemeindebehörden anzuschliessen?)*

Ja. Der Gemeinderat hat die Empfehlung der Kommunalverbände (Verband Bernischer Gemeinden [VBG], Bernische Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber [BEGG] und Verband bernischer Finanzverwalter [VBF]) umgesetzt, wonach diese den Gemeinderäten empfohlen haben, die Grossräte aus ihrer Gemeinde auf die Auswirkungen dieser Steuergesetzrevision mit Blick auf die kommunalen Haushalte aufmerksam zu machen. Die Grossratsmitglieder aus Zollikofen wurden per E-Mail vom 8. März 2010 (also vor den massgebenden Fraktionssitzungsterminen) ersucht, den Hauptantrag der Kommission abzulehnen, und im Sinne eines politischen Kompromisses auf den Eventualantrag der Kommission einzuschwenken.

Frage 3a: *(Welche Massnahmen zieht der Gemeinderat in Betracht, um die wegen der Steuergesetz-Revision drohenden Mindereinnahmen auszugleichen?)*

Die konkrete Beantwortung dieser Frage ist zurzeit nicht möglich. Es steht jedoch fest, dass der finanzielle Gestaltungsspielraum im Gemeindefinanzhaushalt dadurch zusätzlich eingeschränkt wird. Im Rahmen der jeweiligen Budgets werden die Auswirkungen einzubeziehen und der Gesamtschau zu unterziehen sein.

Nach Auffassung des Gemeinderates ist der Spielraum im Gemeindebudget heute ohnehin relativ gering, was nicht dafür spricht, die Ausfälle ohne Weiteres verkraften zu können. Ob die Alternative einzig eine Steuererhöhung oder einzig ein Leistungsabbau sein wird, bleibt hypothetisch. Für den Gemeinderat kann auch eine Kombination von Steuererhöhung und Leistungsabbau in Frage kommen.

Die Entscheide werden nicht zuletzt auch vom Grossen Gemeinderat zu fällen sein.

Frage 3b: *(Kann er ausschliessen, dass wegen der Steuersenkung auf Kantonsebene eine Steuererhöhung auf Gemeindeebene nötig werden könnte?)*

Nein. (vgl. Antwort zu Frage 3a).

Präsident: Ihr habt eingangs die Interpellation von Bruno Vanoni als dringlich erklärt. Wir würden diese nun behandeln. Die gestellten Fragen sind in Schriftform durch den Gemeinderat beantwortet worden. Wünscht der Gemeinderat noch ergänzende Angaben zu liefern?

Um 21.29 Uhr verlässt Armin Röthlisberger die Verhandlungen.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Werter Präsident, werte Anwesende. Ich möchte nicht das euch vorliegende Papier kommentieren. Dieses ist meiner Meinung nach sehr gut abgefasst, es zeigt alles Notwendige auf. Ich möchte noch einige Punkte unterstreichen. Es wäre schlimm, wenn es einer Interpellation bedingt hätte, damit die Verwaltung und der Gemeinderat in dieser Angelegenheit tätig werden würden. Wir konnten im vorliegenden Papier aufzeigen, dass wir in dieser Angelegenheit längst tätig geworden sind. Unser Finanzverwalter arbeitet bezüglich dieser Thematik an vorderster Front mit. Wir haben die Grossräte von Zollikofen vorgängig mittels E-Mail kontaktiert und ihnen unseren Standpunkt mitgeteilt, damit sie sich entsprechend verhalten konnten. Wir haben ihnen die schädlichen Auswirkungen dieser Steuergesetz-Revision auf Zollikofen aufgezeigt. Einige Gemeinderäte haben sich persönlich mit unseren Grossräten in Verbindung gesetzt und ihnen aufgezeigt, dass sich die politische Führung gegen die geplante Steuergesetz - Revision ausspricht. Steuern senken ist gut, aber nicht zu Lasten der Gemeinden. Wir haben sehr schnell bemerkt, dass diese geplante Vorlage für die Gemeinden nicht gut ist. Nun noch zur Information: Der Grosse Rat hat gestern eine Entscheidung gefällt, die Meisten haben dies sicher schon der Presse entnommen. Der Entscheid ist auf eine Variante gefallen, welche der Säule ganz rechts im Bericht des Gemeinderates entspricht. Diese legt die Verschiebungen bzw. Auswirkungen auf unsere Mindeststeuereinnahmen dar. Im Jahr 2011 werden wir durch diese Steuergesetz - Revision Fr. 600'000.00 weniger an Steuern einnehmen. Im Jahr 2012 werden wir, wie Bruno Vanoni bereits gesagt hat, rund eine knappe Million Franken Steuerausfälle zu verschmerzen haben. Diese werden wir kompensieren müssen, sei dies durch Einsparungen oder Steuererhöhungen. Das können wir jetzt noch nicht sagen. Dieser Ausfall entspricht nicht ganz einem Steueranlage - Zehntel, es sind zwei Drittel eines Steueranlage - Zehntels. Dies Informationen wollte ich Euch mitteilen, damit ihr Euch auf eine nicht ganz einfache Zukunft vorbereiten könnt. Damit wir auf eine Steuererhöhung verzichten können, sind enorme Anstrengungen vonnöten, damit wir nicht wichtige Bereiche vernachlässigen müssen.

Präsident: Ist der Interpellant mit dieser Antwort zufrieden?

Bruno Vanoni, GFL: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich hoffe mit diesem Vorstoss nicht in das gleiche Wespennest gestochen zu haben, wie mit meiner Motion zum Umweltkonzept. Wir sind alle gleichermassen an gesunden Gemeindefinanzen interessiert. Ich danke dem Gemeinderat für die rasche und umfangreiche Beantwortung der Interpellation. Es freut mich, dass er sich dem Einspruch der anderen Gemeinden anschliesst. Es freut mich besonders, dass der Gemeinderat und besonders auch der Finanzverwalter Daniel Bichsel bei den Bemühungen um eine verantwortbare Steuergesetz - Revision hinter den Kulissen mitgewirkt haben. Wenn man einen solch verdienstvollen Einsatz leistet, dürfte man dies auch öffentlich bekannt geben. Leider waren diese Bemühungen grösstenteils ohne Erfolg. An den Grossratsmitglieder aus Zollikofen wird es nicht gelegen haben. Diese standen dem durch den Gemeinderat verschickten E-Mail sicher offen gegenüber. Die Grünen und die SP Grossräte haben die überbordenden Kommissionsvorschläge ja von Anfang an bekämpft, zusammen mit der CVP und EVP, die jetzt das Referendum ergreifen will. Interessant an der Antwort finde ich, dass der Gemeinderat eigentlich klar macht, dass die nun gefällten Beschlüsse des Grossen Rates den Interessen Zollikofens nicht gerecht werden. Das ist ein guter Grund, das allfällige Referendum zu unterstützen und in der Volksabstimmung nein zu dieser Steuergesetz - Revision zu sagen. So lässt sich dann vielleicht auch die Steuererhöhung in der Gemeinde verhindern, die wegen der Steuer senkung im Kanton nötig werden könnte. Auch der Gemeinderat hält dies für möglich. Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Schlussbemerkung des Gemeinderates, dass der Kanton die Steuern über eine Reduktion der Steueranlage senken sollte und nicht über eine Revision der Tarife und Abzüge. Ich meine, wenn eine Steuersenkung wirklich drin läge, sollte sie gezielt vorgenommen werden, und bestimmte Personengrup-

pen über die Abzüge gezielt entlastet werden und nicht einfach über eine pauschale Änderung der Steueranlage. Abgesehen von dieser Frage bin ich sehr zufrieden von der Antwort des Gemeinderates, und ich danke nochmals dafür.

Präsident: Hans-Jörg Rhyn möchte eine persönliche Erklärung abgeben.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Die wesentlichen Inhalte des E-Mails, welche der Gemeinderat den Grossräten von Zollikofen, inklusive Frau Morgenthaler von der Grünen Partei, zugestellt hat, sind gestern Abend im Grossen Rat verlesen worden. Die Einflussmöglichkeiten, über welche eine Gemeinde verfügt, wurden so weit als möglich ausgenützt. Ich habe das E-Mail auch an die Mitglieder der Kommission, welche die Steuergesetz - Revision behandelt hat, weitergegeben. Ich habe das E-Mail nicht nur unseren Mitgliedern sondern auch Blaise Kropf von der Grünen Partei weitergegeben, welcher dieses dann zitiert hat. Auch andere Gemeinden haben ihre Grossräte kontaktiert. Leider hat dies alles nichts genutzt. Aber mich hat das Verhalten der Gemeinde Zollikofen in dieser Sache gefreut. Man hat, wie auch andere Gemeinden, zum Beispiel Brienz auf die allfälligen Folgen hingewiesen. Auch bürgerliche Gemeindepräsidenten waren der Ansicht, dass diese Revision zu weit gehe, und dass die Gemeinden diese Auswirkungen nicht auffangen können. Es hat nichts genutzt, aber mich hat das Verhalten der Gemeinde Zollikofen gefreut.

Präsident: Kurt Jörg wünscht noch eine persönliche Erklärung.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Nur ganz kurz. Ich danke Herrn Rhyn für die lobenden Worte. Es ist auch gut einmal Lob empfangen zu können. Es enttäuscht mich aber ein wenig, dass meine beiden Vorredner ausführen, die Wirkungen hätten keinen Einfluss gehabt. Hans-Jörg Rhyn weiss genau, dass der nun angenommene Antrag wohl nicht zustande gekommen wäre, hätte man nicht innerhalb der Bürgerlichen so viel Überzeugungsarbeit geleistet. Die Fronten konnten schlussendlich doch noch etwas aufgeweicht werden. Ohne diesen Einsatz wäre ein Kompromissvorschlag wohl nicht zustande gekommen. Ganz so wirkungslos war der geleistete Einsatz nicht.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Ich kann dies bestätigen.

Toni Oesch, FdU: Das ist jetzt ein wenig merkwürdig. Gemäss der Geschäftsordnung hätte man eine Diskussion verlangen können. Es ist einfach ein Vorbezug auf das nächste Budget im Oktober. Ich muss festhalten, dass der Artikel von Herrn Vanoni im Mitteilungsblatt Zollikofen (MZ) von letzter Woche nicht ganz richtig ist. Der Kanton greift nicht in unsere Gemeindegasse. Wir erhalten weniger von unseren Steuerzahlenden. Und in diesem Fall kann ich diese Vorlage unterstützen. Wir haben nun jahrelang Überschüsse generiert, Eigenkapital geäufnet und Überabschreibungen vollzogen. Nun kommt der Kanton, Gottfried Aebi hat in einem Artikel, welcher im MZ publiziert wurde geschrieben, dass eine gewisse Therapie notwendig ist. Nun können wir wahrscheinlich keine Steuersenkung seitens der Gemeinde realisieren, da der Kanton dies nun tun wird. Eine Steuererhöhung seitens der Gemeinde ist notwendig, wir verfügen über genügend Eigenkapital. Aber wir müssen darauf achten, dass wir im richtigen Moment mit dem Sparen beginnen müssen.

36 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Interpellation Heinz Buser und Mitunterzeichnende betreffend von der Mädchendiskriminierung zur Knabendiskriminierung

"1. Hintergrund

- a) Vor über 30 Jahren war das Verhältnis von Knaben zu Mädchen in den Gymnasien grösser als 60 zu 40%. Die überwiegende Mehrheit der Lehrkräfte (fast 90%) auf der Mittel- und Oberstufe war männlich und die Fächerstruktur und Gewichtung kam eher den Knaben als den Mädchen entgegen. Zu Recht wurde verlangt, dass die Mädchen mehr gefördert werden sollten, so dass in den Gymnasien ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis entsteht. Dazu gehört auch eine ausgeglichene Fächerstruktur und Gewichtung sowie das Anrecht der Mädchen, vermehrt auch durch Lehrerinnen unterrichtet zu werden.
- b) Nach 30 Jahren Mädchenförderung haben wir heute eine Knabendiskriminierung. Das Geschlechterverhältnis in den Gymnasien hat sich umgekehrt (40 zu 60%), die Fächerstruktur ist nicht nur ausgewogen geworden, sondern diskriminiert eindeutig die Knaben - und soll noch in dieser Richtung verstärkt werden - und im Lehrkörper hat sich das Geschlechterverhältnis umgekehrt.
- c) Mädchen und Knaben sind verschieden unabhängig von der Konditionierung im Elternhaus, haben unterschiedliche Bedürfnisse und entwickeln sich unterschiedlich. Diesen Unterschieden müsste die Schule Rechnung tragen. Sie tut es nicht und bevorzugt einseitig die Mädchen. Auf Gemeindeebene ist es sehr schwierig diese Situation zu korrigieren. Trotzdem bestehen gewisse Möglichkeiten. Das Angebot an fakultativen Fächern der Primarschule ist einseitig mädchenorientiert und müsste korrigiert werden. Bedenklich ist auf jeden Fall, dass von den 210 teilnehmenden Kindern knapp zwei Drittel Mädchen sind und nur ein Drittel Knaben.

2. Fragen an den Gemeinderat

1. Wie beurteilt der GR die Situation der Knabendiskriminierung in Zollikofen allgemein?
2. Wie beurteilt der GR das Angebot an fakultativen Angeboten bezüglich Ausgewogenheit für Knaben und Mädchen?
3. Sieht der GR Möglichkeiten, die Knaben vermehrt zu fördern, damit in der Schule zumindest wieder eine gewisse Ausgeglichenheit hergestellt wird (analog den Forderungen unter 1.a)?
4. Ist der GR bereit, sich diesbezüglich zu engagieren und allenfalls mit den Schulleitern und der Schulkommission Kontakt aufzunehmen?

Heinz Buser, FDP
GGR - Zollikofen

16.2.2010"

37 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Einfache Anfrage Peter Bähler betreffend Versuch Schulsozialarbeit, Grundlagendaten für Wirkungsnachweis

"Am 27. Januar 2010 beschloss der Grosse Gemeinderat von Zollikofen die Einführung der Schulsozialarbeit als befristeter Versuch. Das Gemeindeparlament möchte in diesem Versuch auch die Wirkung überprüfen. Nach zwei Jahren des Versuches ist ein Zwischenergebnis vorzulegen. Alle nachstehend gestellten Fragen beziehen sich auf die Situation in Zollikofen.

Fragen an den Gemeinderat:

1. Wurden statistische Daten vor der Einführung der Schulsozialarbeit als Grundlage für die Versuchsauswertung erhoben? Wenn ja, welche?
2. Mussten in den letzten 5 Jahren aus disziplinarischen Gründen durch die Schule Fachstellen beigezogen werden oder Schülerinnen und Schüler in andere Klassen versetzt werden?
3. Wie viele Schulausschlüsse nach VSG Art. 28 Abs. 5 wurden in den letzten 5 Jahren ausgesprochen und für welche durchschnittliche Dauer wurden die Schülerinnen und Schüler vom Unterricht ausgeschlossen?
4. Wie viele Verweise nach VSG Art. 28 Abs. 4 wurden in den letzten 5 Jahren ausgesprochen?
5. Sind in den letzten 5 Jahren Lehrkräfte von Schülerinnen/Schüler oder Eltern bedroht oder sogar tätlich angegriffen worden?
6. Mussten in den letzten 5 Jahren Lehrkräfte/Schulleitungen Beratungen bezüglich sozialen Problemen in Klassen oder Schulen beanspruchen?
7. Wie gross sind die Schäden an Liegenschaften, Inventar und Material die nachweislich durch Schülerinnen und Schüler während der Schulzeit verursacht wurden? Durchschnitt der letzten 3 Jahre.

Peter Bähler"

38 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Einfache Anfrage Peter Traber betreffend Schwarzarbeit in Zollikofen

"Am 18. November 2009 reichte Peter Traber folgenden Text als Interpellation ein:

Im Verlaufe des Monats Mai hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) eine Bilanz zur Wirkung des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit im Jahre 2008 gezogen und eine Auswertung der schweizweit durchgeführten 9264 Kontrollen veröffentlicht.

Wir gelangen deshalb mit folgenden Fragen an den Gemeinderat:

- 1. Wie viele Kontrollen wurden auf dem Gebiet der Gemeinde Zollikofen vorgenommen? Wie viele Firmen mit wie vielen Arbeitnehmenden waren betroffen?*
- 2. Wurden dabei Verstösse gegen das Bundesgesetz festgestellt?*
- 3. Ggf. wie viele und welche Art von Verstössen betraf es? Welche Firmen waren ggf. betroffen?*
- 4. Wie wurde die Gemeinde in die Kontrollen einbezogen bzw. darüber informiert?*
- 5. Welche Schlussfolgerungen hat der Gemeinderat aus den Ergebnissen der Auswertung gezogen? Welche Massnahmen hat die Gemeinde getroffen?*

Der Interpellant ist von der Antwort nur teilweise befriedigt.

Er bittet darum die Antwort auf die Frage 1 zu ergänzen. Insbesondere wünscht er, dass die Anzahl der Mitarbeiter, welche die kontrollierten Unternehmen beschäftigen, genannt wird. Ausserdem ist ihm der Satz: "Dabei wurden 3 Arbeitsstätten und 3 Personen kontrolliert.", nicht klar und wünscht eine entsprechend verständlichere Formulierung.

Zollikofen, 25. März 2010

sig. Peter Traber"

Präsident: Damit sind wir am Schluss unserer Sitzung angelangt. Die nächste Sitzung findet am 28. April 2010 statt.

Peter Traber, SP: Ich gehe davon aus, dass die Fragen, welche in meiner Interpellation nicht oder ungenügend beantwortet worden sind, als einfache Anfrage entgegengenommen werden. Ist dem so?

Hinweis: Die gewünschten Ergänzungen zur Interpellation Peter Traber betreffend Schwarzarbeit in Zollikofen wurden als einfache Anfrage entgegengenommen (s. Seite 104 des Protokolls)

Präsident: Das ist richtig. Ich danke allen für das Erscheinen und die Mitarbeit und schliesse diese Sitzung. Ich wünsche allen eine gute Heimkehr.